

Proletarier

aller Länder, vereinigt Euch!

Internationale Kommunistische Partei

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

Zweimonatszeitung der
IKP

Nr. 7 — Februar 1980

Preis:
50 Pfg.

Russischer Einmarsch in Afghanistan

Der Kampf der Imperialisten in Ost und West führt zum 3. Weltkrieg! Nur die internationale proletarische Revolution kann dies verhindern!

Die Expansion des US-Imperialismus war noch stets von Doktrinen begleitet, in denen verdeckt durch Phrasen und falsches Pathos der Anspruch des eigenen Kapitals auf Entfaltung proklamiert wurde. Kaum hatte man für den jung besiedelten Kontinent die Unabhängigkeit von der damaligen Supermacht England erkämpft, erhob die US-Bourgeoisie mit der Monroe-Doktrin 1823 unter dem Schlachtruf "Amerika den Amerikanern" Anspruch auf den gesamten Kontinent. Man mußte allerdings auf seinem Treck nach Westen noch die Indianer erledigen und im Süden die Sklavenhalter ausschalten, ehe man mit den ersten Kriegen gegen Mexiko beginnen konnte, dieses Ziel in die Tat umzusetzen. Heute weiß jedes Kind, daß Mittel- und Südamerika der reichlich verkommene Hinterhof der USA sind, den die Herrenmenschen aus dem Norden als ihr Revier betrachten. Regierte man früher mit dem "großen Knüttel" (big stick), indem man zum Schutze des in Bergwerken und Plantagen angelegten US-Kapitals seine Helden von der Marineinfanterie einmarschieren ließ, sobald die einheimischen Marionetten nicht richtig spurten, so ging man bei wachsender Kapitalkraft mit der Zeit zu "eleganteren Methoden" über. Durch einen ständigen Strom von Kapitalinvestitionen sicherte man seine wirtschaftlichen, politischen wie militärischen Interessen bald so weit, daß Invasionen der Marines wie noch 1965 in der Dominikanischen Republik zur Ausnahme gehörten. Kontrolle durch Kapitalinvestitionen so weit wie möglich, Interventionen nur wenn nötig — lautet seitdem die Parole des US-Imperialismus in seinem latein-amerikanischen Stammgebiet.

Durch die zweite kapitalistische Zerstörungsgorgie erst richtig gemästet, kam die Expansion des US-Imperialismus jetzt in Schwung. Hatte man zwar schon vorher auch außerhalb der "angestammten" Sphäre gegen die klassischen Imperialisten Europas in deren Jagdrevieren Asien und Afrika hier und dort seine Anwesenheit zu demonstrieren versucht, so gerieten jetzt diese Gebiete in die Erbmasse, die der

Sieger von seinen bankrotten Kollagen einzuklagen begann. Mit der Truman-Doktrin von 1947 war dieses Geschäft praktisch perfekt. Sprachen die US-Kapitalisten anfangs noch bescheiden vom Schutz Griechenlands und der Türkei vor "kommunistischen" Wilden, so wurde der grenzenlose Anspruch des Siegers aber klar formuliert: "Es muß die Politik der USA sein, freie Völker zu unterstützen, die sich dem Versuch der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen" — so hieß der Kernsatz in der moralgetränkten Sprache dieser imperialistischen Gerechtigkeits- und Freiheitsfanatiker. Und in der Tat versäumte man in den nächsten Jahren keine Anstrengung, dieses Credo von Freiheit und Gerechtigkeit für das US-Kapital auf breiter Basis umzusetzen. Überall in Asien und Afrika räumten sie schnell mit den Überresten kolonialer Volkserhebungen auf und installierten ihre örtlichen Lakaien — durchweg korrupte Figuren aus längst vergangenen Zeiten —, sanierten so politisch die verkommensten Sozialverhältnisse und zwangen das ganze in eine Kette weltumspannender Militärbündnisse. Dies alles mit dem alleinigen Ziel, die bankrotten Imperialisten Europas so weit wie möglich zu verdrängen, aber vor allem, um dem erst schwach entwickelten und durch den Krieg schaurig zugerichteten Kapital in Rußland zu zeigen, wer der eigentliche Meister ist. In Japan hatte man am bereits kapitulationswilligen Objekt demonstriert, was dem widerwilligen "Partner" aus ande-

ren Tagen mit Hilfe der neuen Bombe passieren könnte. So hatte mit dem Ende des 2. Weltkrieges der US-Imperialismus seine absolute Vormachtstellung etabliert. Außer bei den "kommunistischen" Armenhäuslern in Rußland samt Block und dann China konnte er sich weltweit in seinem Revier bewegen.

Das wirtschaftliche Erstarken Europas und Japans, vor allem aber der Prozeß der kapitalistischen Entwicklung Rußlands veränderten zunehmend das Bild der US-Alleinherrschaft. Und als sich in Vietnam dann klar zeigte, daß auch die USA nicht in der Lage waren, diesen einzigen weiterschwellenden Brand gänzlich auszutreten, da hatten spätestens jetzt die Kapitalisten in Rußland demonstriert, daß sie nicht gewillt waren, den Rest der Welt den USA auf alle Zeiten zu überlassen.

Es ist das schon früher im kleineren Format durchgespielte Drama: Der eine hat oder beansprucht auf Grund seiner Erstgeburt alles, die Spätentwickler müssen danach im zähen Ringen versuchen, ihren Teil sich zu erkämpfen. Der seriöse englische Herrenmensch wurde nicht müde, die Etikette seiner Zivilisation möglichst in den letzten Winkel zu tragen. Er hatte leichtes Spiel. Seiner Übermacht mußte sich bald alles beugen. Die Spätentwickler Deutschland und Japan machten bei ihrem Kampf um den "Platz an der Sonne" schon eine weit barbarischere Statur — obwohl ein gewissenhafter Buchhalter der imperialistischen Blutopfer das größere Kon-

to sicher nicht unbesehen den imperialistischen "Halbstarken" zu diktieren würde. Imperialistische Heroen wie Cecil Rhodes träumten von einem englischen Weltreich mit Afrika als Sprungbrett; ein Mann namens Adolf Hitler wollte ein deutsches Weltreich mit Europa samt Rußland als Sprungbrett. Die Engländer mordeten mit "Stil" — so wichtig können Nuancen zwischen Imperialisten werden.

In dieser Ausgabe

- Die stalinistische Konterrevolution, Ursprung der imperialistischen Weltmacht UdSSR
- Kapitalismus und Arbeiteremigration
- Feiger Angriff auf die TLD in Frankfurt: Troztkisten und Maoisten im Sog der imperialistischen Gegensätze
- Notizen:
DGB und Aussperrungen
Prochinesen, Proalbaner, Sozialismus
- Blick in unsere Parteipublikationen

Und erst recht jetzt, wo das scheinbar große Ringen zwischen Demokratie im Westen und "kommunistischer Barbarei" im Osten eingeläutet wird. Es ist die wichtigste Kunst jedes Imperialisten, seinem Gegner das passende Etikett anzukleben, damit das Kanonenfutter in die richtige Schlachtordnung gebracht werden kann und damit der sonst auf Unterwerfung dressierte "Lohnkuli" als "Schütze Arsch" die Hemmungen verliert, den Gegner seines imperialistischen Herrn zu erledigen.

Fortsetzung auf S. 2

Moderner Don Quichote im Kampf mit Windmühlenflügeln

Die Anti-AKW-Bewegung

Was ist das für eine Bewegung, die da lautstark gegen einen der Gegensätze, die der Kapitalismus erzeugt, protestiert? Gewiß ist die systematische Untergrabung der einen Reichtumsquelle der Menschheit, der Natur, Anlaß genug, um aufmerksam zu werden. Aber es ist doch merkwürdig, daß man erst jetzt, nachdem die kapitalistische Großindustrie das Antlitz dieser Erde schon längst grundlegend verwandelt, das ökologische Gleichgewicht — wie man heute sagen würde — durcheinander gebracht hat, dieses Problem "entdeckt". Man kommt dieser Bewegung wohl kaum auf die Spur, wenn man die recht fadenscheinige These, die Atomkraftwerke seien nun mal besonders schlimm, als der Weisheit letzter Schluß, als Ursache und Begründung dieser Art von Protest annimmt. Bürgerunmut, der zu einer Bürgerbewegung wird, kann in der Tat nicht durch die bloße Existenz von AKWs erklärt werden. Man muß vielmehr erklären können, weshalb gerade heute der stillschweigende Konsens innerhalb der bürgerlichen Klasse zumindest zeitweilig ge-

schwächt wurde, wo schließlich dieselben Bürger, die heute protestieren, vordem jahrzehntelang "Gut Freund" mit dieser doch niemals liebreizenden kapitalistischen Welt waren. Und wir müssen vor allem den politischen Stellenwert dieser Bewegung einzuschätzen wissen, gerade angesichts der künftigen sozialen Klassenaussensetzungen zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie.

Woher der Bürgerzwist kommt

Das Entstehen eines solchen Unmuts von Bürgern, die in den Zeiten des "Wirtschaftswunders" prosperitätstrunken und hocheifrig über einen relativen Klassenfrieden wohl in Konservatismus gemacht hatten und die den die Natur und die Lebensbedingungen unterminierenden Kapitalismus einen guten Mann sein ließen, fiel zusammen mit den ersten Sturmwellen einer wirtschaftlichen Krise und einer politischen Neuorientierung der deutschen Bourgeoisie (neue Ostpolitik, gewisse Distanzierung von den USA u.a.m.). Es war zuerst die Studentenschaft,

sozusagen die geistige Avantgarde des Mittelstands, die rebellierte. Auf ihren Fahnen stand die Forderung nach einer Demokratisierung der Gesellschaft und insbesondere der Schulen und Universitäten. Aber in der Tat drückten sie mit ihren laut tönenden Phrasen des Antiamerikanismus und des Demokratismus nichts anderes aus, als die Notwendigkeit jener politischen Wende, die der deutschen Bourgeoisie erstmals seit ihrer Unterwerfung und Disziplinierung infolge des 2. Weltkrieges eine größere Manövrierfähigkeit gab. Denn man darf nicht vergessen, daß der "Hauptfeind" dieser Bewegung jene Partei war, die nicht zu Unrecht der Amerika-hörigkeit bezichtigt wurde und die sich schwertat, eine Politik einzuleiten, die der jetzigen Stärke der deutschen Bourgeoisie entsprach: die CDU. Überdies war sie unfähig, eine solche Flexibilität zu entwickeln, die ein Auffangen des aufkommenden Protestes der demokratischen Kleinbürger und der Klassenunruhe in den proletarischen Reihen ("wilde Streiks") ge-

Fortsetzung auf S. 8

KOMMUNISTISCHES PROGRAMM

Nr. 24 Januar 1980

Inhalt

Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft
Notwendigkeit der kommunistischen Revolution

Die Ergebnisse der imperialistischen Herrschaft im Iran (3. Teil)

Die Volksfedajin oder die Grenzen des Demokratismus
Der Iran in der marxistischen Perspektive

Die Kommunistische Partei Italiens und die faschistische Offensive (1921 — 1924)

III. Teil, vom Herbst 1921 bis zum Sommer 1922

Die Inflation oder die Flucht nach vorn des Kapitals

Feiger Angriff auf die TLD in Frankfurt

TROTZKISTEN UND MAOISTEN IM SOG DER IMPERIALISTISCHEN GEGENSÄTZE

Wir haben in unserer Presse mehrmals gezeigt, daß die Verhärtung der imperialistischen Gegensätze, die zum 3. Weltkrieg führen werden, Maoisten und Trotzlisten immer mehr dazu zwingen würden, sich offen in die amerikanische bzw. russische imperialistische Front einzureihen (1). Einen brutalen maoistischen Überfall auf eine GIM-Veranstaltung 1975 in Westberlin hatten wir in unseren Parteiversammlungen bereits als Vorwegnahme dieser Entwicklung erklärt, die sich inzwischen, vor allem nach dem russischen Einmarsch in Afghanistan, merklich zuspitzt (einige maoistische Gruppen wie der KBW und die KPD versteigen sich sogar auf die lächerliche Forderung nach dem Boykott der Olympischen Spiele in Moskau!).

Nach einer Presseerklärung der Trotzlistischen Liga Deutschlands (TLD) wurden die Mitglieder und Sympathisanten dieser Organisation auf einem vom Asta in Frankfurt einberufenen Teach-in zu Afghanistan am 25.1.1980 von Anhängern der Generalunion Afghanischer Studenten im Ausland (GUAFS), der amerikanischen maoistischen Soldatengruppe "Fight Back" und von türkischen Maoisten angegriffen und z.T. schwer verletzt. Die TLD versuchte und versucht aber keineswegs, im Namen des proletarischen Internationalismus und des Kampfes gegen den eigenen, amerikanischen und deutschen Imperialismus die Einreihung der Maoisten (und auch der islamischen Nationalisten) in eine Front mit dem westlichen Imperialismus zu entlarven. Im Gegenteil ergreift die TLD die Verteidigung des russischen Einmarsches in Afghanistan und sie verschweigt selbst die Aspekte sozialer und nationaler Unterdrückung, die dieser Einmarsch, wie jeder imperialistische Raubzug, mit sich bringt.

Die trotzlistische Position der "Verteidigung der Sowjetunion" unter dem Vorwand, Rußland sei ein "degenerierter Arbeiterstaat", mußte sich mit der ökonomischen und politischen Entwicklung des

russischen Kapitalismus zur zweiten imperialistischen Macht der Erde zwangsläufig in eine Unterstützung der imperialistischen Politik der sog. "Bürokratie" verwandeln, eine Politik, zu der diese "Bürokratie" aufgrund der ökonomischen Grundlage der "Sowjetunion" ebenso gezwungen ist, wie die USA, die BRD usw. aufgrund ihrer ökonomischen Grundlage zu einer imperialistischen Politik gezwungen sind. Was am Anfang eine falsche theoretische Einschätzung Trotzlist vom "Charakter der SU" war, ist heute offene Unterwerfung unter die imperialistischen Interessen der SU und im Falle der TLD gar direkte Kriegshetze zugunsten dieser imperialistischen Interessen (siehe Indochina-Krise).

Diese Grundposition hat zur Folge, daß die TLD außerdem auch gezwungen ist, die Natur der Auseinandersetzung von Frankfurt zu einem Kampf zwischen "islamischer Reaktion" und - was sie zwar noch nicht offen ausspricht, was aber den ganzen Tenor ihrer Presseerklärung ausmacht, in der sie davor warnt, daß an der Frankfurter Universität die Verhältnisse einer "islamischen Republik" eingeführt werden - den "fortschrittlichen Kräften" zu erklären. Damit ergänzen sich die offene Unterstützung eines imperialistischen Blocks und platter Demokratismus. Letzterer kennzeichnet übrigens auch die Stellungnahme verschiedener "linker" Gruppen, die nur zeternd, daß die Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein darf, was eine alte bürgerliche Litanei ist.

Auseinandersetzungen wie diese in Frankfurt sind ein Zeichen dafür, daß die "Linken" sich eifrig darauf vorbereiten, ihren Beitrag für die Vorbereitung des 3. Weltkrieges zu leisten und im Laufe des Krieges eine aktive Rolle auf der Seite des einen oder des anderen imperialistischen Lagers zu spielen.

Solche Auseinandersetzungen sind aber auch ein Zeichen für die politische Verkommenheit dieser sog.

"Linken". Maoistische Organisationen, die gegen die "Grauen Wölfe" und die allgemeine Unterdrückung der ausländischen Arbeiter in der BRD nicht einmal den minimalsten Schutz organisieren, greifen die TLD feige an; eine amerikanische Soldatengruppe findet angesichts der chauvinistischen Hetze in den USA nichts Besseres zu tun, als eine Organisation anzugreifen, die den anderen Imperialismus propagandistisch vertritt: Sie übernehmen selbst die Rolle der polizeilichen und imperialistischen Unterdrückung der TLD. Und die TLD ihrerseits denunziert diese Organisationen der bürgerlichen Repression. Beabsichtigt oder unbeabsichtigt spielen beide Seiten nicht allein jeweils einem imperialistischen Block, sondern auch gemeinsam dem deutschen Staat in die Hände.

Dabei liegt uns nichts ferner, als einen Knigge für den Umgang der politischen Parteien und Gruppen untereinander aufzustellen. Es geht uns lediglich um die politische Entlarvung dieser Organisationen, zumal wenn sie sich für "links" und "proletarisch" ausgeben. Und wenn wir selbst bedroht werden, so werden wir je nach den Kräfteverhältnissen uns dem Zwang des Ausweichens bzw. einer konspirativen Tätigkeit beugen, unseren Schutz organisieren oder direkt zurückschlagen.

Wir Kommunisten werden in der Diktatur des Proletariats unsere Feinde - auch die opportunistischen Parteien, die sich auf das Proletariat berufen - unerbittlich und mit allen Mitteln des roten Terrors niederhalten. Die Voraussetzung hierfür ist aber, daß wir sie vorher politisch besiegt haben, daß wir ihren Einfluß, den Einfluß des Imperialismus, des Chauvinismus, des Reformismus, des Sozialpazifismus, in den Reihen des Proletariats entscheidend zurückgedrängt haben. Ohne diesen politischen Sieg kann man den Opportunismus nicht aurotten, und die Polizeimethoden, welche die Diktatur

des Proletariats anwenden wird, dienen der Festigung dieses Sieges, zielen darauf ab, daß der besiegte Feind das Haupt nicht mehr erhebt.

Wir Kommunisten wissen, daß man unter der Herrschaft der Bourgeoisie den Einfluß einer opportunistischen Partei oder Gruppe - ob dieser Einfluß nun groß oder klein ist - nicht wie die betreffenden maoistischen Gruppen durch polizeiliche und faschistische Methoden bekämpfen kann; man würde dadurch nur Verwirrung innerhalb des Proletariats stiften und - schlimmer noch - die eigene Organisation von ihren Aufgaben ablenken.

Vom Standpunkt des proletarischen Internationalismus und der Vorbereitung der proletarischen Revolution verurteilen wir daher den westlichen wie den östlichen und insbesondere den deutschen Imperialismus, der überall fette Profite macht und die Finger im Spiel hat und dabei heuchlerisch ein unschuldiges Gesicht zu zeigen versucht; verurteilen wir den russischen Einmarsch in Afghanistan und die chauvinistische Hetze des Westens; verurteilen wir die Maoisten, die sich zum Sprachrohr der Interessen des westlichen Imperialismus, wie die Trotzlisten, die sich zum Sprachrohr des russischen Imperialismus machen; verurteilen wir den feigen Angriff auf die TLD wie die Presseerklärung und sonstige Reaktion der TLD. Zugleich rufen wir alle ehrlichen Revolutionäre und kämpferischen Arbeiter dazu auf, jedem Versuch der deutschen Bourgeoisie, die Auseinandersetzung von Frankfurt als Vorwand für Angriffe gegen die ausländischen Arbeiter auszunutzen, entschieden entgegenzutreten.

(1) Siehe Kritik an der "Theorie der drei Welten" in "Kommunistisches Programm" Nr. 18, Mai 1978, und "Die Entwicklung der imperialistischen Gegensätze seit dem 2. Weltkrieg" in "Kommunistisches Programm" Nr. 19, August 1978.

Russischer Einmarsch in Afghanistan

Fortsetzung von S. 1

Es ist sicher kein Zufall, daß die Russen in den letzten Jahren neben ihrer asiatischen Erwerbung Vietnam vor allem in Afrika Erfolge suchten. Denn Afrika ist als ehemaliges europäisches Jagdgebiet teilweise noch wirtschaftlich so uninteressant, daß die USA bislang nicht groß einsteigen wollten; oder die ehemaligen Herren beherrschen noch soweit ihre Pfünde, daß sie wie zuletzt Frankreich einen bislang gedeckten Kaiser durch Luftlandetruppen stürzen lassen, bloß weil dieser Kinderfleisch gekostet haben soll. Man hat eben immer Ärger mit seinen Subalternen. Aber insgesamt ist Afrika quasi ein Niemandsland, noch nicht richtig im Griff der USA und nicht mehr fest in den Händen der Europäer.

Ein ebensolches Niemandsland war praktisch auch Afghanistan. In dieses von Gebirgen zerklüftete, von rd. 13 Mio. in archaischen Stammesordnungen lebenden Menschen besiedelte Land hatte das westliche Kapital bislang kaum eine müde Mark investiert. Die Gegend war höchstens wegen ihrer strategischen Lage interessant. Anders Rußland. Seit Anfang der 50er Jahre versucht es dort vor seinen Toren Fuß zu fassen. Als Drehscheibe zwischen Nahost und Vorderasien ist dieses Gebiet mit seinen unruhigen Völkern geradezu ideal, und die Langzeitstrategie Moskaus bestand vor allem darin, den Freiheitswillen der grenzüberschreitenden Stämme wie der Paschunen und Belutschen für seine strategischen Zwecke auszunutzen. Durch eine Vereinigung der Sied-

lungsgebiete der Belutschen in Pakistan, Persien und Afghanistan ließe sich der alte russische Traum von einem Zugang zu den "warmen Wassern" des Indischen Ozeans endlich realisieren. Damit hätte man nicht nur eine sichere Bastion für seine expandierende Kriegsflotte gewonnen, sondern gleichzeitig auch die zentrale Region des Nahen Ostens, die ja jetzt von den USA auch offiziell zu ihrem Interessengebiet erklärt wurde, in die Zange genommen.

Wie weit diese Strategie Moskaus durch die Intervention durchkreuzt wurde, wird sich noch zeigen. Klare Indizien sprechen jeden - falls dafür, daß diese schnelle Aktion keineswegs dem ursprünglichen Konzept entsprach, sondern eher durch eine Kette unkontrollierter Ereignisse diktiert wurde.

Andererseits ist aber auch ebenso klar, daß die Russen immer ihre Hände im Spiel hatten, wenn in Afghanistan die Köpfe rollten. So wurde 1973 der König durch seinen Vetter Daud gestürzt, im April 1978 war dieser selbst an der Reihe. Er hatte sich mit seinen Avancen Richtung Westen zu weit vorgewagt. Jedesmal führte das in Rußland ausgebildete Militär die Regie. Im Chaos der nun beginnenden "Volksrevolution" ohne Volk hatten auch die Russen ihre liebe Mühe mit ihren Marionetten. Die ersten Figuren - Taraki und Amin - wollten mit aller Gewalt diese hinterwäldlerischen Stammeskrieger mit ihrem festen Glauben an Gott und seinen Propheten zu ihrem neuen kapitalistischen Glück zu zwingen: Land für die Fronbauern, Schulen für die Frauen

und Lohnarbeit für möglichst viele. Verstärkt durch den wachsenden islamischen Rummel in der näheren Umgebung drohte dieser lächerliche, weil völlig von oben diktierte Modernisierungshubub in dem wüsten Desaster wachsender Anarchie zu verkommen. Womit die Russen ihre langjährige "Aufbauarbeit" beim afghanischen Militär mit größter Wahrscheinlichkeit hätten abschreiben können.

Was tut ein Imperialist, wenn sein Bemühen um Zivilisierung fremder Völker von diesen nicht honoriert wird? Er interveniert und schafft sich Figuren nach seinem Bilde. Nichts anderes geschah auch in Afghanistan. Und die ganze "freie" Welt des Westens schreit unisono auf.

Sicher, es gibt noch Unterschiede zwischen dem russischen und amerikanischen Imperialismus. Letzterer ist traditionsgemäß weit etabliert und kann vor allem durch seine riesigen wirtschaftlichen Potenzen zielstrebig Gebiete trotz formaler Unabhängigkeit und all diesen modernen Zauberformeln an sich binden. Die Russen haben es da schon weitaus schwerer. Wirtschaftlich haben sie praktisch nichts zu bieten, weshalb sie durchweg militärisch-politisch ihre Muskeln spielen lassen. Großflächige schwierige Landoperationen - das müssen auch die Kollegen im Westen neidvoll zugestehen - beherrschen sie jedenfalls.

Heute ist das Kapital in erster Linie international und nur als internationales kann es den Kampf auf dem Weltmarkt bestehen. Seit der Weltwirtschaftskrise hat sich die weltweite Konkurrenz um Rohstoffe, Absatzmärkte und Investitionsgebiete zusehends verschärft.

Konkret heißt das nichts anderes, als das jedes Kapital versucht, soviel Lohnabhängige so maximal wie möglich auszubeuten. Mit patriotischen Appellen fordert jeder Imperialist von seinen Lohnabhängigen Höchstleistungen bei der Arbeit und den richtigen Opfergeist im Krieg. Die Mullahs in Persien haben die durch Vietnam zerrissene Nation der USA patriotisch geeint, weswegen die Wortführer einer härteren Gangart in Washington mit der jüngsten Carter-Doktrin wieder da glauben anknüpfen zu können, wo sie durch die Niederlage in Vietnam gestört wurden: Niederschlagung "nationaler" Revolutionen, Vorherrschaft auf allen Kontinenten und Weltmeeren, insgesamt also die Kasernierung des russischen Rivalen auf seinem osteuropäischen Terrain.

Für den Wettkampf um den ersten Platz ist beiden nichts zu billig. Ausbeutung und Militarisierung nach innen und außen, ideologische Verhetzung mit den jeweiligen Stereotypen, politische Konformität und chauvinistische Hysterie - so oder so wird auch dieser imperialistische Wettkampf der Giganten auf dem Rücken des berühmten kleinen Mannes ausge tragen. Was man bislang in den verschiedenen Parlamenten an Appellen in punkto Opfergeist zu hören bekommen hat, war sicher nur ein blasser Vorgeschmack auf das, was kommen wird. Denn diese Großverdiener werden nichts verlieren. Sie machen höchstens Bomben - schäfte. Die Rüstungsaktien an der Wallstreet gehen schon nach oben. Kein Wunder, wenn man hört, daß Carter bis 1985 die Militärausgaben von jetzt 125 Mrd \$ auf 250 Mrd \$ verdoppeln will.

Fortsetzung auf S. 8

Die stalinistische Konterrevolution

Ursprung der imperialistischen Weltmacht UdSSR

Wieder einmal hat die Sowjetunion unter Beweis gestellt, daß sie ebenso zu einer imperialistischen "Kanonenbootpolitik" fähig ist wie der westliche Imperialismus. Die Besetzung Afghanistans ist nur ein weiteres der zahlreichen Beispiele nationaler Machtausweitung eines Staates, der sich bei trügerischerweise auf die Tradition der sozialistischen Oktoberrevolution beruft. Und mit größtem Entzücken sind die Pressehyänen des Westens dabei, um zu denunzieren, wie ein vermeintlich kommunistischer Staat als aggressiver

Imperialismus auftritt. Obwohl das Hirnverbrannte an diesem Argument jedem Denkenden ins Auge springen müßte: ein Kommunismus, der sich als Imperialismus gebärdet, ist eben kein Kommunismus. Eine alte, doch immer wieder neue Frage muß nun erneut beantwortet werden: Wie konnte aus der Realität einer nicht-nationalen, nicht-imperialistischen, nicht-annexionistischen, proletarischen Staatsmacht, wie sie aus dem Oktober 1917 hervorging, sich die Realität einer diametral entgegengesetzten, bürgerlich-expansionistischen Staats-

macht entwickeln? Wann und wie vollzog sich dieser Bruch? War er das Produkt der Böswilligkeit von Personen und Cliquen, die Folge der "totalitären Züge" des Leninismus oder das Resultat einer durch materielle Bedingungen bestimmten Niederlage des Proletariats im internationalen Klassenkampf? Bedenkt man die uferlose Verwirrung bei jenen politischen Strömungen, welche sich mit der stalinistischen, d.h. bürgerlichen Sowjetunion identifizieren (traditionelle Stalinisten, Maoisten)

oder ihr etwas Sozialistisches abzugewinnen versuchen (Trotzkisten), eine Verwirrung, die sich, je weiter der erbarmungslose Kampf um Einflußsphären zwischen den imperialistischen Blöcken des Westens und des Ostens gediehen ist, doppelt und dreifach verstärkt hat, so rechtfertigt sich ein weiterer der vielen grundsätzlichen Artikel über die stalinistische Konterrevolution, wie wir sie seit Jahrzehnten in verschiedenen Sprachen publizieren, von selbst.

Die Oktoberrevolution war eine doppelte Revolution

Der internationale Rahmen der russischen Revolution

Am Anfang dieses Jahrhunderts hatten sich in Rußland die kapitalistischen Strukturen in den Städten und auf dem Lande in einem solchen Ausmaße entwickelt, daß die feudalen Produktionsverhältnisse und der mit diesen Verhältnissen eng verwachsene zaristische Staat zum unerträglichen Hemmnis geworden waren. Eine fast permanente politische und wirtschaftliche Krise führte zu einer ausgesprochen revolutionären Lage. Der zaristische Staat mußte zerstört und der feudale Ballast abgeworfen werden: Eine im Grunde bürgerlich-revolutionäre Umwälzung stand auf der Tagesordnung.

Wer konnte aber diese revolutionäre Aufgabe durchführen? Die Bourgeoisie schrak vor den Risiken einer Revolution, die die Bauernmassen und das Proletariat in Bewegung setzen würde, zurück. Die Bauernmassen, nicht durch jene politischen Rücksichten gehemmt, litten in besonders starkem Maße unter der Bürde des feudalen Grundbesitzes und der Willkür der zaristischen Bürokratie, sie war in der Tat, was Lenin den "radikalen Bourgeois" nannte, der ein grundlegendes Interesse einer Revolution, die das Proletariat in Bewegung setzen würde, zurück. Die Bauernmassen, nicht durch jene politischen Rücksichten gehemmt, litten in besonders starkem Maße unter der Bürde des feudalen Grundbesitzes und der Willkür der zaristischen Bürokratie, sie war in der Tat, was Lenin den "radikalen Bourgeois" nannte, der ein grundlegendes Interesse an der bürgerlich-revolutionären Umwälzung hatte. Sie waren aber unfähig, ihre revolutionäre Potenz in gesamtstaatliche, zentralisierte, bewußte und politische Aktionen umzusetzen. Sie waren unfähig, als Klasse zu handeln, und mußten in ihrem spontanen Revolutionarismus geführt werden. Es blieb nur das Proletariat. Seine Partei, die russische Sozialdemokratie, spaltete sich angesichts der bevorstehenden Revolution in drei Strömungen.

Die Menschewiki sagten folgendes: Da Rußland für den Sozialismus nicht reif ist und die Revolution, die auf der Tagesordnung steht, noch die Aufgaben einer bürgerlichen Revolution erfüllen muß, steht die Führung dieser Revolution der Bourgeoisie zu. Das Proletariat muß den revolutionären Kampf dieser Bourgeoisie unterstützen, ihr helfen, den Zarismus zu stürzen, um dann in Opposition zur bürgerlichen Macht zu gehen. Bis zu diesem Augenblick sollte das Proletariat keine selbständige Klassenpolitik führen, um die "Einheit" der Revolutionäre nicht zu stören, bzw. um die Bourgeoisie nicht in die Arme des Zarismus zu drängen.

Die andere Strömung war die von Trotzki. Trotzki hatte Recht, den Menschewiki entgegenzusetzen, daß die russische Bourgeoisie schwächlich, feige, kurzum ohnmächtig sei und zu fordern, daß das Proletariat auch die Führung der bürgerlich-demokratischen Revolution in

seine Hände nehmen sollte. Wir müssen aber darauf hinweisen, daß Trotzki irrte, wenn er sagte, daß die Bourgeoisie nunmehr im allgemeinen und endgültig unfähig sei, jegliche bürgerliche Revolution in der Welt zu führen. Die Ausrottung der proletarischen Klassenbewegung hat indessen dazu geführt, daß die bürgerlichen Klassen (z.B. in China, Algerien, Kuba, Angola, Vietnam) trotz ihrer Schwächen und Schwankungen Revolutionen geführt haben. Die Epigonen Trotzki haben seine Position ins Absurde geführt: Entweder negieren sie überhaupt die Existenz von national-bürgerlichen Revolutionen im 20. Jahrhundert oder verkünden diese in "proletarische". Es ist schwer zu sagen, welche dieser beiden Positionen die schlimmeren politischen Folgen hat. Der zweite Fehler Trotzki lag in der Art und Weise, wie er die "Permanenz" der Revolution verstand. Es war richtig, dem Proletariat die Führungsrolle selbst in der bürgerlichen Revolution zu geben, es war aber falsch, aus dieser politischen Vorherrschaft zu schließen, das Proletariat würde unmittelbar zum Sozialismus übergehen können. Im Grunde beging der Trotzki von 1905 einen ähnlichen Fehler wie die Menschewiki, nämlich die Fragen der russischen Revolution in einem nationalen Rahmen zu stellen. Die einen sagten: Rußland ist nicht reif zum Sozialismus, also muß das Proletariat die Führung der Revolution und die Macht der Bourgeoisie überlassen. Die anderen entgegneten: Die Bourgeoisie in Rußland ist unfähig, ihre eigene Revolution durchzuführen, es ist das Proletariat, das diese Revolution führen muß. Und wenn das Proletariat die Macht erobert, wird es sich nicht auf bürgerliche Maßnahmen beschränken, sondern zum Sozialismus übergehen müssen.

Die Bolschewiki betrachteten im Gegensatz dazu den Eingriff des Proletariats in der russischen Revolution als ein Moment des internationalen proletarischen Kampfes, genau wie Marx und Engels dies bezüglich Deutschlands 1848 taten. In diesem Sinne und nicht im Sinne eines unmittelbaren Übergangs zum Sozialismus sprachen Marx und Engels von einer Permanenz der Revolution. Sie sagten: Es ist "unser Interesse und unsere Aufgabe, die Revolution permanent zu machen, solange bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der ganzen Welt so weit vorgeschritten ist, (...) daß wenigstens die entscheidenden produktiven Kräfte in den Händen der Proletarier konzentriert sind" (MEW 7, S. 248).

Jahrelang vor und nach der Revolution haben die Bolschewiki wiederholt, daß es unmöglich war, in Rußland allein zum Sozialismus überzugehen. Aber, fragen im Chor alle vom Stalinismus Verwirrten, wenn man in Rußland den Sozialismus nicht einführen konnte, warum dann die Macht ergreifen? Und wie kann man dann die Oktoberrevolution

als sozialistisch bezeichnen? Die Antwort ist einfach. Der sozialistische Charakter der Oktoberrevolution kann nicht im ökonomischen oder sozialen Bereich gesucht werden, sondern lediglich im politischen. Diese Unterscheidung ist elementar, und wir wollen sie deshalb näher erläutern.

Politik und Wirtschaft

Der Marxismus hat gezeigt, daß alle sozialen Verhältnisse auf den Produktionsverhältnissen beruhen und daß der Staat ein Werkzeug der Unterdrückung einer Klasse durch die andere ist, ein Werkzeug, das sich im allgemeinen in den Händen der Klasse befindet, die auch die wirtschaftliche Macht besitzt. Es ist aber eine mechanistische und antidiialektische Entstellung dieser Erklärung, wenn man den Staat als einen einfachen "Reflex" oder bloßen "Überbau" der ökonomischen Verhältnisse darstellt und sich deshalb vorstellt, daß der proletarische oder sozialistische Staat auf einer sozialistischen Wirtschaft beruhen muß, wie der kapitalistische Staat auf einer kapitalistischen. Ein solches Schema läßt ganz einfach den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus beiseite und klammert die zentrale These des Marxismus - die Diktatur des Proletariats - aus.

Um sich und damit die ganze Menschheit zu emanzipieren, muß das Proletariat die kapitalistischen Produktionsverhältnisse vernichten. Um diese Produktionsverhältnisse zu vernichten, muß es zunächst den Unterdrückungs- und Zwangsapparat vernichten, der diese Verhältnisse schützt und verteidigt, nämlich den bürgerlichen Staat. Wenn diese politische Revolution, die Zerstörung des bürgerlichen Staates, auch in einer sehr kurzen Zeitspanne durchgeführt werden kann, so wird die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse doch eine ziemlich lange Periode in Anspruch nehmen. Denn es handelt sich hierbei nicht allein um die "Expropriation der Expropriateure": Man muß alle Hindernisse beseitigen, die, wie die Warenproduktion, der Markt, die Lohnarbeit, die Zirkulation des Kapitals usw., die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit daran hindern, über die Produktivkräfte und die Produkte der gesellschaftlichen Arbeit unmittelbar zu verfügen. Diese Umwälzung wird sicherlich Jahrzehnte dauern.

Während dieser Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus kann, wie Marx sagte, die politische Organisation der Gesellschaft nichts anderes sein als die revolutionäre Diktatur des Proletariats. Das Proletariat ist nun zwar die politisch herrschende Klasse geworden, wirtschaftlich herrschen aber teilweise noch die Gesetze des Kapitals. Deshalb muß die proletarische Macht tagtäglich "despotisch eingreifen", um das Wirkungsfeld dieser Gesetze einzuschränken und die sozialen Kräfte zu zerschlagen, die durch das Spiel dieser Gesetze gestärkt und erzeugt werden.

Wenn das Proletariat eine Staatsmacht braucht, dann eben weil und in dem Maße, in dem die Wirtschaft noch nicht sozialistisch ist. In dem Maße, in dem die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und mit ihnen die alten sozialen Verkehrsweisen, in dem Maße, in dem die Arbeitsteilung und die Notwendigkeit sozialen Zwangs verschwinden, stirbt der Staat ab. Solange der Staat besteht, beruht die proletarische Macht also nicht auf einer sozialistischen Wirtschaftsgrundlage, hat keine "feste" ökonomische Basis, denn er trachtet gerade danach, die Ökonomie umzuwälzen. Eben auch deshalb muß die proletarische Staatsmacht eine Diktatur sein, die die Waffen der Gewalt und des Terrors benutzt.

Es ist gewiß, daß die Position eines proletarischen Staates umso gefestigter sein wird, je schneller er die kapitalistischen Verhältnisse beseitigen und somit die feindlichen sozialen Kräfte entwerzeln kann. Man darf aber nicht vergessen, daß der Übergang zum Sozialismus, zum vollständigen Sozialismus nur im Weltmaßstab denkbar ist.

Gegenüber diesem zentralen und grundlegenden Ziel des Klassenkampfes bilden selbst so großartige Episoden wie die Machteroberung in einem Land oder in einem Erdteil Teilkämpfe und Teilsiege, die immer wieder in Frage gestellt werden können. Diese Episoden können niemals Selbstzweck sein. Die wirkliche Errungenschaft solcher Siege, so wichtig sie auch sein mögen, besteht in der wachsenden Organisation des Proletariats für den revolutionären Kampf, in der Stärkung des Kampfes für das allgemeine Ziel. Deswegen wird selbst in einem reifen kapitalistischen Land die wirtschaftliche Umwandlung dem internationalen Kampf um die Macht untergeordnet werden; sie darf diesen Kampf nicht stören, sondern muß ihm dienen. Solange das Proletariat die Macht nur in einem oder einigen Ländern erobert hat, versucht es nicht, aus diesen Ländern eine Art "sozialistisches Paradies" zu machen, sondern eine Festung der Weltrevolution.

Wenn man also den sozialistischen Charakter eines Staates nicht mit der Elle seiner wirtschaftlichen Maßnahmen messen kann, in welchem Sinne kann man dann behaupten, daß die UdSSR sozialistisch war?

Der sozialistische Charakter des Oktober

"Kein einziger Kommunist hat wohl auch bestritten, daß die Bezeichnung 'Sozialistische Sowjetrepublik' die Entschlossenheit der Sowjetmacht bedeutet, den Übergang zum Sozialismus zu verwirklichen, keineswegs aber, daß die jetzigen ökonomischen Zustände als sozialistisch bezeichnet werden" (Werke, Bd. 32, S. 342). Lenin suchte den "Sozialismus" also keineswegs auf der Ebene der russischen Wirtschaft, in der Nationalisierung des Bodens, der Verstaatlichung der Großindustrie, dem Außenhandelsmonopol oder der Arbeiterkontrolle. Ganz im Gegenteil sagte er:

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S. 3

"NICHT ZU ENDE GEFÜHRT HABEN WIR JEDOCH DIE ERRICHTUNG AUCH NUR DES FUNDAMENTS DER SOZIALISTISCHEN WIRTSCHAFT. DAS KÖNNEN UNS DIE FEINDLICHEN KRÄFTE DES STERBENDEN KAPITALISMUS NOCH RÜCKGÄNGIG MACHEN. Man muß sich dessen klar bewußt sein und es offen zugeben, denn es gibt nichts gefährlicheres als Illusionen (...). Und an dem Eingeständnis dieser bitteren Wahrheit ist entschieden nichts 'Schreckliches', nichts, das berechtigten Anlaß auch nur zur geringsten Verzagtheit gäbe, denn wir haben stets die ABC-WAHRHEIT DES MARXISMUS VERKÜNDET UND WIEDERHOLT, DASS ZUM SIEG DES SOZIALISMUS DIE GEMEINSAMEN ANSTRENGUNGEN DER ARBEITER MEHRERER FORTGESCHRITTENER LÄNDER NOTWENDIG SIND." (1922, Werke 33/191, Hervorhebungen IKP)

Also lag für Lenin der sozialistische Charakter der UdSSR in ihrer Bindung zum internationalen Proletariat, in ihrem proletarischen Internationalismus, also in ihrem Programm, im Parteiprogramm der Kommunisten, kurzum in ihrer politischen Natur.

Wenn der soziale Inhalt der Oktoberrevolution nicht über den einer "revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" hinausging, dann eben weil er durch die nationalen russischen Verhältnisse bedingt war. Die Politik jedoch ging erheblich weiter, eben weil die Klasse, die diese Revolution führte, eine internationale Klasse war, weil das russische Proletariat an die Bedingungen der internationalen Revolution gebunden war. Es sind also die politischen Kennzeichen und Errungenschaften der Oktoberrevolution, die ihre proletarische Natur ausmachen.

Ein rein proletarischer Aspekt des Oktobers war der Bruch mit der imperialistischen Kriegsfront. Nach dem Sturz des Zarismus im Februar 1917 führt die russische Bourgeoisie den imperialistischen Krieg weiter und ruft die Massen zur Unterstützung des Krieges auf unter dem Vorwand der "Verteidigung der Revolution und der Demokratie". Die Forderung nach Frieden, die die Bolschewiki aufgriffen und die zu einer der Losungen der Machtergreifung werden sollte, entsprach ohne Zweifel der Kriegsüberdrüssigkeit der Soldaten und der Volksmassen in Stadt und Land. Hinter ihr verbarg sich aber etwas ganz anderes als ein rein pazifistisches Bestreben. Es war nicht der Krieg im allgemeinen, der von der Sowjetmacht angeprangert wurde, sondern der imperialistische Krieg. Bruch mit dem Krieg und gleichzeitig Aufruf an die Arbeiter der ganzen Welt zum revolutionären Defätismus, zum Bruch mit der Vaterlandsverteidigung, mit dem Burgfrieden, zur Wiederherstellung der internationalen proletarischen Klassenfront, zur Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, zum Sturz der Bourgeoisie - das bedeutete die Losung Frieden!

Klarer konnte sich nicht zeigen, welche Klasse dem Sowjetstaat führte. Keine andere Klasse hätte sich auf diesen Boden stellen können, auf den Boden des proletarischen Internationalismus. Es genügt, daran zu erinnern, wie die stalinistische Sowjetunion im Zweiten imperialistischen Weltkrieg zuerst mit Hitler - Deutschland paktierte, dann mit den westlichen Alliierten, und mit den beiden um Einflusssphären, Annexionen usw. verhandelte, wie sie die Losung des Patriotismus wieder zur unruhlichen Ehre gebracht hat, um den Unterschied zur bolschewistischen Sowjetmacht zu ermessen, die schon in ihrer Geburtsstunde dem sozialdemokratischen Verrat und dem Sozialpatriotismus den Kampf ansagte und das Proletariat auf der ganzen Welt auf die Positionen der marxistischen Linken hinwies: Der Feind steht im eigenen Land.

Ein weiteres sozialistisches Merkmal der Oktoberrevolution besteht in der Tatsache, daß die proletarische Partei alle politischen Bündnisse überwand und allein die Führung des Staates übernahm: Alle anderen Parteien wurden von der politischen Macht entfernt und die Kommunistische Partei führte die Diktatur allein. Der bewaffnete Aufstand, die Zerstörung des bestehenden Staatsapparates, die Diktatur und der Terror sind sicherlich notwendige Merkmale einer proletarischen Revolution; sie sind aber nicht ausreichend, um diese Revolution als proletarisch zu charakterisieren. Alle Revolutionen, selbst die bürgerlichen, weisen nämlich diese Aspekte auf. Die Eliminierung aller anderen Parteien, das politische Monopol der proletarischen Klassenpartei zeigen hingegen, daß man den Rahmen einer bürgerlichen Revolution hinter sich gelassen hat.

Dieses Monopol der proletarischen Partei am Staatsruder ist umso bemerkenswerter, als das Proletariat nicht die einzige Klasse mit Einfluß im Staat war. Wenn auch der Staat, der aus der Oktoberrevolu-

tion hervorging, mit einer bürgerlichen Republik nichts gemein hatte, so wäre es doch falsch, ihn als reine Form der proletarischen Diktatur anzusehen: seine dialektische Wirklichkeit war viel komplexer, wie Lenin mehrmals gezeigt hat.

Was diesen Staat von vornherein von einer bürgerlichen Republik unterschied, war die Tatsache, daß er sich offen als Klassenstaat darstellte. Er beruhte nicht auf einer "Erklärung der Menschenrechte", sondern auf der "Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes". Letzteres war vonnöten, weil es unmöglich war, die Ausbeutung kurzfristig abzuschaffen. Weit davon entfernt, allen "Bürgern" dieselben Rechte einzuräumen, schließt der Sowjetstaat die Ausbeuterklassen von jeglichem politischen Recht aus. Aber, anders als die reine Diktatur des Proletariats, behält er die politischen Rechte nicht allein dem Proletariat vor. Die Sowjetmacht beruhte auf zwei Klassen, die beide über politische Rechte verfügten und am politischen Leben und der Staats-tätigkeit teilnahmen: das Proletariat und die Bauernschaft. Man muß aber darauf hinweisen, daß diese beiden Klassen nicht gleichberechtigt waren. Das Proletariat hatte die Vorherrschaft über die Bauernschaft. Diese Vorherrschaft äußerte sich im größeren Gewicht der Arbeiterstimme gegenüber der Bauernstimme bei den Wahlen zu den Sowjets und auch in der Rekrutierungsmethode der Roten Armee, die nicht nur die Mitglieder der besitzenden Klassen ausschloß, sondern auch die Arbeiter und die Bauern unterschiedlich und getrennt anwarb.

Das revolutionäre Bündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft, das sich darin äußerte, daß die nicht-ausbeutenden Bauern am Staat teilnahmen, diente dem Kampf gegen die Vergangenheit und gegen die feudal-großbürgerlich-imperialistische Konterrevolution. Es wies nicht die Klassenzusammensetzung auf, mit der der Marsch in die Zukunft hätte erfolgen können. Selbst im Laufe des Bürgerkrieges waren die Beziehungen zwischen dem Proletariat und den verschiedenen Klassen der Bauernschaft alles andere als ein für allemal festgelegt. Das Proletariat mußte die Kulaken (1) hart unterdrücken und die ständigen Schwankungen der Mushik-Massen (2) neutralisieren, zu welchem Zwecke es sich auf die halbproletarischen Bauernmassen zu stützen versuchte. Und gegen Ende des Bürgerkrieges mußte es in Kronstadt das Gespenst der kleinbürgerlich-bäuerlichen Konterrevolution niederringen. Weil die führende Klasse der Revolution weit mehr als den unmittelbaren Inhalt der ökonomischen und sozialen Maßnahmen des Oktobers im Auge hatte, das Weltproletariat stärkte und sich auf es stützte, konnte sie sich die Vorherrschaft im Staate bewahren. Das erfolgreiche Vorschreiten der Revolution in Europa hätte es erlaubt, diese Vorherrschaft noch weiter auszubauen, die politischen Rechte der Bauernschaft immer mehr zu beschneiden, den sowjetischen Staat in immer stärkerem Maße unmittelbar auf das internationale Proletariat zu stützen, um somit zu einer reinen Diktatur des Proletariats zu gelangen.

Man muß in der Tat darauf hinweisen, daß die Bolschewiki niemals die Verfassung der Sowjets als einen endgültigen und "idealen" Zustand aufgefaßt haben. Ganz im Gegenteil haben sie immer ihren vorläufigen und Übergangscharakter hervorgehoben. So erklärt zum Beispiel Trotzki in *Terrorismus und Kommunismus*, daß die soziale Zusammensetzung der Sowjets, die wie die Kommune "arbeitende Körperschaften" und keine "Parlamente der Arbeit" waren, nicht ein für allemal festgelegt werden konnte, sondern von der Entwicklung der Klassenkämpfe abhing; daß, je nach der Position, die sie in diesen Kämpfen einnahmen, ganze Schichten zu den Sowjets zugelassen, bzw. aus ihnen ausgeschlossen wurden. Wie man sieht, ist man hier nicht nur weit von der bürgerlichen Demokratie und von der reinen Demokratie entfernt, sondern auch von den formalen Regeln einer "Arbeiterdemokratie", die angeblich automatisch den revolutionären Weg gewährleisten soll! Die Tatsache, daß später Trotzki selbst in einer solchen "Arbeiterdemokratie" oder formalen sowjetischen Demokratie eine Garantie gegen den Stalinismus suchen sollte, beweist nur, daß niemand gegen den politischen Druck der Konterrevolution gefeit ist.

Um den Unterschied zwischen einer bürgerlichen Revolution und einer doppelten Revolution zu ermessen, genügt es, Organisation und Verhalten des Staates, der aus der Oktoberrevolution hervorging, mit dem Staate, der aus der chinesischen Revolution von 1949 entstand, zu vergleichen. Dieser Unterschied sticht umso mehr ins Auge, wenn man sich die internationale Aktion der Sowjetmacht vergegenwärtigt. Revolution und Machtergreifung erlaubten es den Bolschewiki, die internationale Partei wieder zu bilden. Daraus haben sie die Kraft geschöpft, die linken Flügel der sozialistischen Parteien zusammen-

Die stalinistisch Ursprung der imperialis

zurufen und ihnen das ganze Gebäude der marxistischen Theorie und der kommunistischen Prinzipien aufzuzwingen. Für die Bolschewiki bestand das Ziel der Oktoberrevolution darin, in Europa die sozialistische Revolution zu entfachen. Die objektive Tatsache der russischen Revolution selbst hat selbstverständlich viel in Richtung auf diese Entfaltung bewirkt. Das genügt aber in Anbetracht des Zusammenbruchs der II. Internationale nicht mehr. Man mußte alle theoretischen, programmatischen und politischen Positionen des Kommunismus wiederherstellen und die Kräfte, die fähig waren, diese Positionen zu vertreten und in die Tat umzusetzen, zusammenfassen. Man mußte das Führungsorgan der internationalen Revolution wiedererrichten. So kann man sagen, daß die höchste Errungenschaft des Oktobers in der *Kommunistischen Internationale* bestand.

Vom »Kriegskommunismus« zur NEP

Politisch gesehen war die Oktoberrevolution sozialistisch: Das Proletariat bemächtigte sich, wenn auch nicht der gesamten Macht, so doch der politischen Vorherrschaft. Es war seine Partei und sie allein, die den Staat führte und ihn für ihre internationalen Klassenziele benutzte.

Die ökonomischen Vorhaben der Bolschewiki jedoch waren viel bescheidener. Die erste große wirtschaftliche Maßnahme war die Enteignung der Großgrundbesitzer, die Nationalisierung des Bodens und seine Verteilung an die Bauern. So fortschrittlich und radikal diese Maßnahme auch war, hatte sie doch noch nichts Sozialistisches an sich, wie Lenin immer wieder betonte.

Es mag scheinen, daß die wirtschaftlichen Maßnahmen, die die Sowjets in den Jahren 1918-20 trafen (Ausschaltung des Handels, Beschlagnahme von Getreide zwecks Ernährung der Roten Armee und der Städte, geregelte Verteilung der Konsumgüter usw.) über den Kapitalismus hinausgingen, insofern sie die Gesetze der kapitalistischen Produktion und des kapitalistischen Marktes nicht berücksichtigten. In Wirklichkeit handelte es sich hierbei aber nur um eine Art "Kriegskommunismus". Die getroffenen Maßnahmen entsprachen nicht einem ökonomischen Plan, sondern den militärischen Erfordernissen. Trotzki erklärte, daß in Notstandssituationen jeder Staat solche Maßnahmen trifft. In einer "belagerten Festung" - und nichts anderes war Rußland damals - werden alle ökonomischen Gesetze zugunsten des Kriegsgesetzes außer Kraft gesetzt, Produktion und Verbrauch werden lediglich in Funktion der bewaffneten Verteidigung geregelt.

Das Ende des Bürgerkriegs und die Festigung des Sowjetstaates, begleitet von der Stagnation oder dem Zurückweichen der Revolution in Europa, stellten die Bolschewiki vor die Notwendigkeit, einen ökonomischen *modus vivendi* zu finden. Sicherlich hätte ein Sieg des Proletariats in Deutschland die Daten des Problems erheblich geändert. 1921 wurde es aber klar, daß dieser Sieg keineswegs unmittelbar bevorstand, daß der Weltkapitalismus eine wenn auch nur relative und vorübergehende, so doch merkliche Stabilisierung erfuhr, daß die Bourgeoisie überall zum Angriff überging und das Proletariat in die Defensive gedrängt war. Während man auf die Rückkehr des internationalen Proletariats zur Offensive wartete und für die Schaffung der politischen Bedingungen dieser Rückkehr arbeitete, mußte man die totale Zersetzung der russischen Gesellschaft, die zum Sturz der Sowjetmacht führen würde, verhindern. Die autoritäre Beschlagnahme und Verteilung mußten "normalen" Wirtschaftsverhältnissen Platz machen.

Die bereits rückständige russische Wirtschaft war durch den imperialistischen Krieg und durch den Bürgerkrieg verwüstet worden; das Produktionsniveau war extrem niedrig, um nicht zu sagen gleich Null. Diese Umstände hatten die Vorherrschaft der Kleinproduktion nicht nur in der Landwirtschaft, sondern selbst in der Industrie noch weiter verschärft. Unter diesen Bedingungen war es offensichtlich unmöglich, ohne eine Ankurbelung der Warenproduktion auch nur die allernotwendigste Produktionssteigerung zu erzielen. Man mußte also der Kleinproduktion, obwohl gerade sie gefährlich war, da sie unkontrollierbar ist und täglich den Kapitalismus neu hervorbringt, freies Spiel lassen. Man mußte den privaten Austausch, den Markt, freigeben, da es nicht möglich war, die Produkte von Millionen von Kleinbetrieben zirkulieren zu lassen.

Weit davon entfernt, den Kapitalismus anzugreifen und zerstören zu können, mußte man ihn ganz im Gegenteil fördern, da sich angesichts der gegebenen Verhältnisse die russische Wirtschaft nur so entwickeln konnte. Man mußte aber versuchen, den Kapitalismus zu kontrollieren, ihn auf den Staatskapitalismus hinzulenken, um den späteren Übergang zum Sozialismus zu erleichtern.

Während diese Orientierung der Bolschewiki von der Italienischen Linke ohne Zögern und ohne Vorbehalte unterstützt wurde, stieß sie bei den "Linksradikalen" auf Unverständnis und Opposition. Auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale übertrafen sich die Vertreterin der russischen "Arbeiteropposition" und die Vertreter der KAPD gegenseitig in der Erklärung, man müsse sofort zum Sozialismus übergehen oder ... die Macht abgeben. Es ist interessant, daß sie somit die alte menschwistische Position vom anderen Ende her wieder aufnahmen: sofortiger Sozialismus oder die Macht der Bourgeoisie überlassen. Man soll nicht staunen, daß Stalin 1926 dieselbe Alternative wieder aufstellte, um damit den "Aufbau des Sozialismus" allein in Rußland zu rechtfertigen.

Sie alle verstanden weder das dialektische Verhältnis zwischen politischer Macht und Ökonomie noch die internationale Strategie des Proletariats. Sie verstanden nicht, daß das Ziel der NEP nicht die Entwicklung der russischen Wirtschaft an sich, quasi als Selbstzweck, war, sondern daß sie auf die *Erhaltung der politischen Macht* abzielte, die Erhaltung eines grossen proletarischen Staates, den man in den Dienst der Weltrevolution stellte, die - ihrerseits siegreich - wiederum die notwendige Hilfe bringen würde.

Die Linksradikalen haben die Gefahren der NEP immer betont, sie haben aber keine andere Alternative aufgezeigt, als die selbstmörderische Politik des Sozialismus um jeden Preis. Lenin kannte diese Gefahren besser als jeder andere. Auf dem XI. Parteikongreß zitierte er Ustrialow, einen emigrierten Wortführer der Kadetten, der behauptete, daß die Bolschewiki durch die NEP einen "gewöhnlichen bürgerlichen Staat" in Rußland aufbauen würden, ob sie nun wollten oder nicht. Lenin zog diese klare Sprache des Klassenfeindes den süßlichen kommunistischen Lügen vor und erklärte ohne Umschweife, daß eine solche Entwicklung durchaus möglich sei.

Den Kampf um die Kontrolle des Kapitalismus und die Abwehr der aus ihm hervorstwachsenden sozialen und politischen Gefahren für die Arbeitermacht haben die Bolschewiki verloren. Sie haben diesen Kampf verloren, weil der "Hauptverbündete" des russischen Proletariats seiner Aufgabe nicht gewachsen war. Die Kraft, derer es bedurfte, um dem Druck des russischen Kapitalismus standhalten zu können, konnte die Sowjetmacht nicht allein aus dem russischen Proletariat schöpfen, das durch den Bürgerkrieg bereits ausgeblutet und geschwächt worden war. Diese Kraft mußte ihr vor allem das internationale Proletariat zukommen lassen. Das Schicksal der Sowjets entschied sich weniger in Petrograd und auf dem russischen Lande als vielmehr in Berlin! "Ohne die Hilfe des europäischen Proletariats sind wir verloren", das war es, was die Bolschewiki ständig wiederholten.

Aber nicht nur hat dieses Proletariat keinen revolutionären Sieg errungen, selbst seine Kampfkraft wurde gebrochen. Ja schlimmer noch, die internationale kommunistische Bewegung hatte nicht einmal die Kraft, den Bolschewiki eine politische Unterstützung zukommen zu lassen. So standen die Bolschewiki dem Druck des internationalen Kapitals und der sozialen Kräfte, die in Rußland die Dynamik des Kapitals zum Ausdruck brachten, ganz allein gegenüber.

Diese Kräfte haben in der russischen KP selbst einen politischen Ausdruck gefunden. Das ist verständlich, da ja die Revolution alle anderen Parteien eliminiert und zerschlagen hatte. Keine Partei, auch nicht die beste und solideste, ist vor einer solchen Durchdringung und vor einer solchen Deformation völlig sicher, und man muß gut verstehen, daß die bolschewistische Partei von 1926 bereits nicht mehr die Partei vom Oktober war. Nach dem Sieg der Revolution und dem Ende des Bürgerkrieges hatten sich Leute in die Partei hineingedrängt, an denen nur der Name

- (1) Mittel- und Großbauern, die Lohnarbeiter beschäftigen;
- (2) arme Bauern und Landproletariat.

Konterrevolution schen Weltmacht UdSSR

kommunistisch war. Kurz vor seinem Tode hatte Lenin, gestützt auf die alte Garde, eine strenge Säuberung der Partei gefordert. Man hatte vor, etwa 100 000 Mitglieder zu entfernen. "Einige reden von 200 000, das würde mir noch besser gefallen", sagte Lenin. Diese Säuberung fand nicht statt. Ganz im Gegenteil sollte das Sekretariat nach dem Tode Lenins die Tore der Partei noch weiter öffnen. Der Mumifizierung von Lenins Leichnam folgte das "Lenin-Aufgebot", das 250 000 neue Mitglieder in die Partei holte.

In dieser Partei wurden die alten Bolschewiki immer mehr isoliert und von Elementen

verdrängt, die über keinerlei ernsthafte politische Grundlagen verfügten und höchstens dazu in der Lage waren, blöd zu grinsen, wenn Trotzki sie an die Grundpositionen des Bolschewismus erinnerte. Diese Partei, deren Kontrolle den Bolschewiki immer mehr entglitt, beschloß 1926, so demokratisch wie nur irgend möglich, den "Sozialismus in einem Lande" aufzubauen.

Wir behaupten, daß dieser Beschluß eine wahrhaftige Konterrevolution beinhaltete. Wie wahr dies ist, zeigt schon die Tatsache, daß der Stalinismus, um diese Konterrevolution effektiv durchzusetzen, sich

nicht damit begnügen konnte, die alte bolschewistische Garde politisch zu eliminieren, sondern sie physisch auslöschen mußte: In den Gefängnissen, den Konzentrationslagern, durch die aufsehenerregenden Prozesse und die heimlichen Hinrichtungen. Es waren nicht nur die aller Welt bekannten Führer, sondern auch Zehntausende von unbekannten Militanten, die im Laufe der folgenden Jahre abgeschlachtet wurden. Dieser Beschluß stieß die bolschewistische Linie gänzlich um. Für die Bolschewiki bestand das Ziel der russischen Revolution nicht im "Sozialismus in Rußland", sondern in der Weltrevolution. Wenn ihre politische Macht auch sozialistisch war, so begnügten sie sich doch nicht mit Worten und bezeichneten die Entwicklung der russischen Wirtschaft als Kapitalismus, eine Entwicklung, die in Kauf zu nehmen sie bereit waren, vorausgesetzt sie würde es ihnen erlauben, im Dienste des internationalen Proletariats die politische Macht aufrechtzuerhalten.

Der Verzicht, auf die Weltrevolution zu

warten, und das Dekret, in Rußland sofort den "Sozialismus" aufzubauen, machte aus dem, was für die Bolschewiki das Mittel gewesen war, das Ziel und verwandelte ihr Ziel in ein Mittel. Denn man machte die Entwicklung der russischen Wirtschaft so zu einem Selbstzweck und infolgedessen nutzte der russische Staat seinen Einfluß auf das internationale Proletariat dazu aus, die Kämpfe dieses Proletariats in den Dienst jenes Ziels zu stellen.

Es handelte sich, das ist richtig, nur um einen politischen Umsturz. In dem Maße, in dem dieser Umsturz zur Tatsache wurde, reichte er völlig aus, um der UdSSR ihren sozialistischen Charakter zu nehmen, da ja ihr "Sozialismus" eben immer nur auf politischer Ebene existiert hatte, da ja ihr "sozialer Inhalt", sofern die Revolution sich nicht international erweiterte, der einer bürgerlichen Revolution war, die bis zu Ende geführt worden war, d.h. in der radikalen Zerstörung aller vorkapitalistischen Formen und Verhältnisse bestand.

Sieg der Konterrevolution

Gegenüber dem unmittelbaren ökonomischen und sozialen Inhalt der russischen Revolution war der Stalinismus selbstverständlich nicht konterrevolutionär! Im Gegenteil brachte er gerade diesen Inhalt politisch zum Ausdruck gegen die proletarisch-internationalistische Politik der Bolschewiki. Diese hatten alle feudalen Hindernisse, die sich dem Aufschwung des Kapitalismus entgegenstellten, zerstört; Sie wollten die Entwicklung des Kapitalismus aber im Zaume halten, sie kontrollieren und orientieren, da ihr Ziel weit darüber hinausging. Die politische und physische Eliminierung der Bolschewiki war die Zerstörung der proletarischen Hindernisse für die Entfesselung des Kapitalismus: Diese Hindernisse einmal entfernt, setzt die kapitalistische Entwicklung mit rasender Geschwindigkeit ein. Und jetzt, noch bevor sich das staatliche "Planungsgehirn" einmischt, kennt die russische Wirtschaft die höchsten Wachstumsraten in der Produktion, Raten, die weder mithilfe des stalinistischen "Zwangs", noch des nachstalinistischen "Wettbewerbs" jemals erreicht wurden.

Der "Sozialismus nur in Rußland", das ist die bürgerliche Konterrevolution in Rußland, da er die Zerstörung aller proletarischen Optionen des Staates bedeutet. Er bedeutet, daß der Staat nicht mehr vom

Proletariat geführt wird, nicht mehr dessen Klasseninteressen, sondern die Interessen der kapitalistischen Entwicklung in Rußland verteidigt.

Es ist klar, daß diese Konterrevolution nicht eine Augenblickssache gewesen ist; die Entfernung des Bolschewismus von der Macht hat sich über einen verwickelten Fraktionskampf durchgesetzt, der mit den Wechselfällen des internationalen Kampfes verbunden war. 1926 konnte man noch nicht sagen, daß das Spiel bereits aus war. Ein Wiederaufflammen des europäischen Proletariats hätte noch die Kräfteverhältnisse in Rußland verändern können. Nichtsdestoweniger war diese Konterrevolution eine Realität und ihre politische Abgrenzung zeichnete sich gerade 1926 ab. Im Laufe der folgenden Jahre sollte sie zu einer vollendeten Tatsache werden, und nachdem es in Rußland die Macht verloren hatte, hatte das Proletariat nichts mehr daran zu verteidigen.

Der Sieg der bürgerlichen Konterrevolution hat aus dem russischen Staat jedoch nicht sofort einen "gewöhnlichen" bürgerlichen Staat gemacht. Konterrevolutionär gegenüber dem Proletariat und dem Weltkommunismus, war er der Ausdruck und das Instrument des jugendlichen Schwungs der kapitalistischen Entwicklung im riesigen Zarenreich, eines Schwungs, der, lokal gesehen, im

bürgerlichen Sinne noch revolutionär war. Dieser widersprüchliche Aspekt des russischen Staates hat zahlreiche Irrtümer hervorgerufen. Einige, die für seine (bürgerlich) revolutionäre Seite empfänglich waren, wollten hier um jeden Preis Sozialismus sehen; andere, die von seiner konterrevolutionären Praxis (gegenüber dem Proletariat) beeindruckt waren, wollten ihn den alten, bürgerlichen Staaten gleichsetzen.

Aber, wenn es falsch ist, in Rußland Sozialismus zu erblicken, so ist es ebenso falsch, dort einfach "Staatskapitalismus" zu sehen. In der Tat war die russische Wirtschaft noch weit vom Staatskapitalismus - der ein ökonomischer und kein juristischer Begriff ist - entfernt, obgleich die Flucht oder die Enteignung der Bourgeoisie das Eigentum der großen industriellen Unternehmen in die Hände des Staates gelegt hatte. Lenin wußte das nur allzu gut, er, der erklärte, daß die Verwirklichung eines wirklichen Staatskapitalismus einen Schritt zum Sozialismus bedeutete hätte, vorausgesetzt das Proletariat bleibt an der Macht. Denn wenn der Staatskapitalismus auch... Kapitalismus bleibt, so ist er in einem vom Proletariat beherrschten Staat doch nicht derselbe wie in einem bürgerlichen Staat. Nach der Entfernung des Proletariats von

der Macht zielte der russische Kapitalismus, ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau und einer zersplitterten Produktion, auf entwickelte und konzentrierte Formen, zumindest in der Industrie. Um sich der Neutralität der Bauernschaft zu versichern, war der Stalinismus in der Tat nach ziemlich katastrophalen Fehlern dazu gezwungen, mit ihr den Kompromiß der Kolchose einzugehen. Diese vorkapitalistische Form, die die Kooperative mit dem kleinen Familienbetrieb verbindet, ist eine verknöcherte Form und für die Entwicklung der Produktivität so wenig günstig, daß die landwirtschaftliche Unterproduktion noch heute eine Bremse für die Entwicklung der Industrie darstellt. Nicht nur zwingt sie den Staat, Weizen (anstelle von Computern) zu importieren, sondern sie bindet auch einen großen Teil der aktiven Bevölkerung an das Land. Die gesamten Anstrengungen der kapitalistischen Akkumulation in Rußland haben auf dem Proletariat gelastet, das einer wahnsinnigen Ausbeutung unterworfen wurde.

Und die schlimmsten Formen der Auspressung von Mehrwert, wie der Stücklohn, wurden dabei als "sozialistische Errungenschaften" angepriesen. Wir hätten vielleicht nicht mehr Sozialismus in Rußland verwirklicht als Stalin, wir hätten aber weniger Kapitalismus gemacht!

Der kapitalistische Aufschwung Rußlands

Während dieser Periode beschleunigter Akkumulation konnte es scheinen, daß der autoritäre Eingriff des Staates das freie Spiel der Gesetze des Marktes, der Konkurrenz und des Kapitals verhinderte. Es handelte sich hierbei um einen der angeblich sozialistischen Merkmale Rußlands. Aber in dem Maße, in dem es wirklich zu diesem Eingriff kam, drückte er keineswegs ein Überwinden des Kapitalismus aus. Ganz im Gegenteil, gerade weil er noch zu schwach und zu wenig entwickelt war, brauchte der russische Kapitalismus die Bevormundung durch den Staat. Er hätte den direkten Zusammenprall mit dem Weltmarkt nicht verkraften können; er hätte einen Widerstand der Arbeiter nicht ertragen können; er hätte die freie Konkurrenz des Marktes nicht vertragen; er hätte sich nicht so schnell entwickeln können, wenn der Druck des Staates nicht das Wachstum der Produktion, koste es was es wolle, erzwungen hätte. Wenn der "Plan" lokal, auf der Ebene eines bestimmten Unternehmens, ein bestimmtes Produktionswachstum forderte, ohne sich um die Rentabilität zu kümmern, so weil man zunächst die allgemeine Produktion und die allgemeine Rentabilität auf ein ausreichendes Niveau heben mußte, weil der russische Kapitalismus sich noch unter jener Stufe befand, wo ihn das Spiel der ökonomischen Gesetze von selbst vorantreibt, weil man die allgemeine Akkumulation vorantreiben mußte, um diese Stufe so schnell wie möglich zu erreichen.

Schon damals haben wir gezeigt, daß einerseits trotz des angeblich sozialistischen Charakters dieses staatlichen Eingriffs die Entwicklung der russischen Wirtschaft global den Gesetzen des Kapitalismus folgte und daß andererseits diese Entwicklung selbst Rußland zu dem Stadium führen würde, wo es sich um die Rentabilität jedes Unternehmens und jeder Fraktion des Kapitals sorgen mußte. Ein Stadium, wo der

scheinbare zentralisierte Charakter der "Staatsindustrie" zerbrechen mußte, wo die Konkurrenz zwischen den einzelnen Sektoren und Unternehmen offen auftreten mußte, um eine bessere Rentabilität zu verwirklichen und gegen das Sinken der Profitrate zu kämpfen, um die weniger rentablen Unternehmen auszuschalten und somit zu einer wirklichen Konzentration und Zentralisation des Kapitals zu gelangen.

Weit davon entfernt, eine Rückkehr zu Marx und Lenin zu sein, brachte die berühmte "Liberalisierung" Chruschtschows genau die Erfordernisse dieses neuen Stadiums zum Ausdruck, wo, wie Chruschtschow auf dem XXII. Kongreß sagte, "jeder investierte Rubel so viel wie möglich einbringen muß". Die Maoisten wollen hierin eine "kapitalistische Restauration" erkennen; aber man kann nichts restaurieren, was niemals abgeschafft worden ist! Es handelt sich lediglich um den Übergang zu einem fortgeschritteneren Stadium des russischen Kapitalismus. In der Tat haben die russischen Ökonomen und Staatsmänner mit der Zeit immer offener anerkannt, daß die Mechanismen, die die russische Wirtschaft beherrschen, keine anderen als die des Kapitals sind. Sie unterscheiden sich nur durch ein Adjektiv: in Rußland ist der Lohn "sozialistisch", der Markt "sozialistisch", der Profit "sozialistisch", kurzum ist das... Kapital per definitionem "sozialistisch". Das ändert an seinem Funktionieren natürlich nichts, und wenn es zwischen dem Kapitalismus des Ostens und dem des Westens Unterschiede gibt, so liegt das vor allem daran, daß ersterer noch dabei ist, seinen Binnenmarkt herauszubilden, daß er noch wenig mit dem Weltmarkt verbunden ist, daß er noch aufsteigend, kurzum relativ jung ist.

Die Tatsache, daß sich der Kapitalismus in Rußland entwickelt, ist selbstver-

ständlich eine positive historische Tatsache. Er hat somit die materiellen Grundlagen des Kommunismus geschaffen (indem er die Produktion auf eine gesellschaftliche Stufenleiter hob) und die ihn verwirklichende soziale Kraft hervorgebracht (indem er - allerdings nur teilweise! - den russischen Mushik und den tartarischen Nomaden in einen modernen Proletarier verwandelte). Reicht das aber aus, um Rußland als einen sozialistischen Staat zu kennzeichnen? Nein. Das zeigt nur, daß er auf seinem Gebiet das verwirklicht hat, was gerade die historische Aufgabe der Bourgeoisie und des Kapitalismus ist.

Dies reicht ebensowenig aus, um einen ka-

pitalistischen Staat zu kennzeichnen.

Wir Kommunisten waren bereit, diese bürgerliche Aufgabe zu erfüllen, und sie wäre bürgerlich geblieben, auch wenn sie auf weniger grausame und blutige Weise durchgeführt worden wäre.

Woran die Klassennatur des russischen Staates deutlich wird, ist die Tatsache, daß er, um seine bürgerliche Aufgabe zu erfüllen, nicht nur den aus dem Oktober hervorgegangenen Staat zerstört hat, sondern vor allem die internationale kommunistische Bewegung, die Tatsache, daß er schon seit einem halben Jahrhundert für den Erhalt und die Stabilität des Weltkapitalismus arbeitet.

Fortsetzung auf S. 6

KOMMUNISTISCHES PROGRAMM NR. 15-16

1917-1977: BILANZ EINER REVOLUTION

Die Grossen Lehren der Oktoberrevolution

Die falschen Lehren der Konterrevolution in Rußland

Nur der Marxismus zieht die Lehren aus der Geschichte Die klassische bürgerliche "Lehre" Die sozialdemokratische "Lehre" Die anarchistische "Lehre" Die "Lehre" der Selbstverwaltungssozialisten Die trotzkistische "Lehre"

Die sowjetische Wirtschaft vom Oktober bis heute

Das ursprüngliche Wirtschaftsprogramm der Bolschewiki und der Sozialismus Die ökonomischen Maßnahmen nach dem Aufstand Der Kriegskommunismus Die "Neue ökonomische Politik" (Frühjahr 1921-1928) Der Zusammenbruch der NEP Die Wirtschaftsdebatte und der Prinzipienkampf in der bolschewistischen Partei von 1923 bis 1928 Die Krise von 1927-28 und die Auflösung der NEP Das kapitalistische Rußland Nr. 2

Texte der Internationalen Kommunistischen Partei Nr. 2

Revolution und Konterrevolution in Rußland

Warum Rußland nicht sozialistisch ist Der Marxismus und Rußland

94 Seiten/DM 3,-

Fortsetzung von S. 5

Die stalinistische Konterrevolution Ursprung der imperialistischen Weltmacht UdSSR

1936 ist die bürgerliche Konterrevolution in Rußland bereits so weit abgesichert, daß sie ganz offen die Führer der Revolution und den Generalstab der Roten Armee ermordet. Gleichzeitig schafft sie die Verfassung von 1918 ab, um Rußland die "demokratischste Verfassung der Welt" zu gewähren, eine Verfassung, die ihren Namen wohl verdient hat, da sie in Rußland eine "bürgerliche Republik gewöhnlichen Typs" errichtete, die vielleicht ihren polizeilichen und terroristischen Charakter etwas offener zeigte, aber das

ist verständlich, wenn man bedenkt, daß sie vor kurzem dem Proletariat die Macht entrissen hatte und allen Klassen eine rasante Akkumulation des Kapitals aufzwang.

Diese Verfassung verwandelte die Sowjets in eine Versammlung parlamentarischen Typs. Sie gesteht allen Bürgern die politische Gleichheit zu, dieselben Rechte und dieselben Pflichten. Wie der gesamte Staat hört auch die Armee auf, eine Klassenarmee zu sein, um zu einer nationalen Armee "des ganzen Volkes" zu werden. Das

Gesetz ist nicht mehr etwas vorübergehendes, sondern man gibt es als die ideale und ewige Kodifizierung des sozialen Lebens aus. Es heiligt die Familie, den (natürlich großrussischen) Patriotismus, rühmt die russische Sprache, die nationale Kultur usw. Kurzum, es schafft alle Merkmale ab, die aus dem russischen Staat "etwas anderes" gemacht hatten als eine gewöhnliche bürgerliche Republik.

Aber ebenso wie die revolutionäre Aktion der Bolschewiki im wesentlichen auf die Weltrevolution gerichtet war, äußerte sich

die konterrevolutionäre Tätigkeit des Stalinismus im Bereich des internationalen Klassenkampfes. Es ist bezeichnend, daß 1926 auch das Jahr gewesen ist, in dem die Sabotage des Streiks der englischen Bergarbeiter, der durch das "englisch-russische Komitee" den Funktionären der Trade-Unions unterworfen wurde, stattfand und daß es 1927 zu dem Massaker von Schanghai und zur Liquidierung der chinesischen KP kam, die zu einer menschenwärtigen Politik der Unterordnung unter die Kuomintang gezwungen worden war.

Die Konterrevolution an der Arbeit

Die Schwäche der kommunistischen Weltbewegung, vor allem der europäischen Bewegung, hatte den Sieg der Konterrevolution in Rußland ermöglicht. Wie ein Bumerang ist sie zur kommunistischen Bewegung zurückgekehrt, um deren Schwäche und Rückzug in ein Desaster zu verwandeln. Auch hier ist sie schrittweise vorgegangen. Sie hat sich auf die Fehler und die Schwankungen der kommunistischen Internationalen gestützt, sie zugespitzt und vergrößert, bis zu dem Punkt, wo die politische Linie, die die Komintern zum Führungsorgan der weltweiten revolutionären Bewegung gemacht hatte, unwiderruflich zerbrochen war.

Man kann sagen, daß dieser Bruch mit dem kampflosen Zusammenbruch der KPD 1933 und mit dem Übergang zu den Volksfronten 1934-45 unwiderruflich vollzogen war. Seitdem arbeiten die KP's nur noch dafür, den Weltkapitalismus zu erhalten, ihm das Proletariat und auch die unterdrückten Völker der Kolonien und Halbkolonien zu unterwerfen.

Es ist jedoch richtig, daß sie mit Moskau verbunden blieben und daß der russische Staat sie während einer ganzen Periode in den Dienst seiner Diplomatie und seiner nationalen Verteidigung stellen konnte. Die Tatsache, daß der russische Staat die kommunistische Internationale beherrschte und die Tätigkeit der KP's lenken konnte, stellte für ihn einen hervorragenden Trumpf gegenüber den anderen bürgerlichen Staaten dar; und er hat diesen Trumpf nicht aus der Hand gegeben. China hingegen ist es nicht gelungen, sich eine ähnliche Stützkraft zu schaffen, und das ist nicht erstaunlich: eine revolutionäre Internationale kann degenerieren und in die Hände der Bourgeoisie fallen, aber es ist schwierig, eine von Anfang an opportunistische Internationale zu "fabrizieren".

Während einer ganzen Periode haben die KP's zwischen der offenen Verteidigung der Interessen ihrer eigenen Bourgeoisie und nationalen Wirtschaft einerseits und einer "Opposition" andererseits geschwankt, die, wenn sie auch manchmal gewaltsam war, in keiner Weise auf einem Klassenboden stand, sondern sich aus dem Spiel

der russischen Diplomatie und den russischen Allianzen ergab. Ein Beispiel hierfür ist die KPD, die zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes die wohlwollende Haltung der russischen Führung gegenüber der faschistischen deutschen Bourgeoisie übernahm, um sich dann, nach Ausbruch des deutsch-russischen Krieges, in einen heißen Verfechter des demokratischen Antifaschismus zu verwandeln.

Dieses Beispiel zeigt jedoch die Grenzen dieser Opposition und die Unumkehrbarkeit der Entwicklung der KP's zu bürgerlichen Parteien. Die stalinistische, antimarxistische politische Linie ermutigte in diesen Parteien die Tendenz, eine offen bürgerliche Politik zu betreiben. Überdeutlich zeigte sich dies bei der KPD, die nach 1945, päpstlicher als der Papst, eine entnazifizierte bürgerliche Republik verlangte, die vor allem sozialistischen Extremismus, "Linksradikalismus" genannt, bewahrt werden sollte.

Während und nach dem Zweiten imperialistischen Weltkrieg wurde die Beherrschung des Proletariats von zwei Gruppen opportunistischer Parteien, den sozialistischen und den kommunistischen Parteien, gewährleistet, die jeweils an die zwei Zentren der kapitalistischen Beherrschung der Welt gebunden waren, die USA und die UdSSR. Diese Parteien arbeiteten bald Hand in Hand, bald gegeneinander, je nachdem, ob die gemeinsamen Interessen zur Wahrung des Kapitalismus in der Welt oder die besonderen Interessen ihrer jeweiligen Herren in den Vordergrund traten.

Aber die Rolle eines Agenten der Bourgeoisie in den Reihen des Proletariats hat ihre eigene Dynamik, und sie kommt heute zu den zentrifugalen Tendenzen hinzu, die die Zuspitzung der Konkurrenz in den beiden Blöcken hervorbringt. Diese Parteien sind mehr und mehr dazu gezwungen, den kapitalistischen Interessen ihrer Bourgeoisie, ihrer Wirtschaft und ihres Staates zu dienen. Unvermeidlich sind die KP's (siehe Italien, Spanien, Schweden, Japan usw.) dazu gezwungen, sich von Moskau zu lösen und die berüchtigten "nationalen Wege zum Sozialismus" zu propagieren, d.h. die nationalen und nicht mehr

"übernationalen" Wege der Klassenkollaboration.

Während sie das Proletariat praktisch den Interessen des Kapitals unterwerfen, im Krieg und in der Zeit des Wiederaufbaus, im kolonialen Krieg und der "Entkolonialisierung", in der Expansion der Nachkriegszeit wie in den Anfängen der gegenwärtigen Krise, haben der Stalinismus und seine Nachfolger gleichzeitig eine völlige theoretische und politische Liquidierung der kommunistischen Bewegung verwirklicht. Um die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland als "Aufbau des Sozialismus" ausgeben zu können, waren sie gezwungen, den Marxismus vollständig zu verfälschen, nicht nur den Begriff des Sozialismus sondern auch des Kapitalismus zu entstellen. Diejenigen, die mehr oder weniger an das Vorhandensein von sozialistischen Elementen in Rußland glauben, bleiben mehr oder weniger eng mit Rußland und den KP's verbunden. In der Tat sehen sie sich gezwungen zu behaupten, daß der russische Staat und die KP's noch immer "in gewisser Weise", "schlecht", "ungenügend" usw. die Sache des Sozialismus verteidigen, aber daß sie ihn trotz allem verteidigen. Selbst diejenigen unter ihnen, die nicht soweit gehen, den heutigen russischen Staat als "eine Form der Diktatur des Proletariats" hinzustellen, bleiben bei ihrer Kritik an Rußland und den KP's auf halbem Wege stehen. Es gelingt ihnen nicht, tatsächlich mit ihnen zu brechen, ganz im Gegenteil führen sie die fortschrittlichen Elemente, die dem Opportunismus zu entkommen versuchen, wieder in seine Arme zurück, um sie ihm zu unterwerfen. Diese Leute, die unablässig von den KP's fordern, "mit der Bourgeoisie zu brechen", was nur ihre eigene Unfähigkeit zeigt, mit dem Opportunismus zu brechen, rechtfertigen sich mit zwei Arten von Argumenten. Die eine setzt fälschlicherweise den sozialchauvinistischen Opportunismus, den Agenten der Bourgeoisie in den Reihen des Proletariats, einem naiven Reformismus gleich, der die unmittelbaren Interessen der Arbeiter zum Ausdruck bringt; die andere ergibt sich direkt aus ihrer "Analyse" Rußlands.

Diese "Analyse" führt sie dazu, an der Negation und der Zerstörung der revolutionären Theorie teilzunehmen, indem sie

die marxistische Auffassung vom Sozialismus und dem dorthin führenden Weg verfälschen. Man findet hier alle möglichen Varianten "theoretischer Monstergebilde": angefangen bei denjenigen, die glauben, daß es in der russischen Wirtschaft "Sozialismus" gibt, während die Macht nicht in den Händen des Proletariats liegt, was bedeutet, daß wer auch immer den Übergang zum Sozialismus verwirklichen kann, bis hin zu denen, die nicht nur behaupten, daß die russische Wirtschaft sozialistisch ist und den Widersprüchen des Kapitals entgeht (und dies zu einem Zeitpunkt, wo die russischen Führer zugeben, daß sie voll auf darin stecken!), sondern auch, daß es sich sehr wohl um eine Form der proletarischen Diktatur handelt. Das wiederum würde nichts anderes bedeuten, als daß die proletarische Diktatur in einem Land sich dazu aufmachen könnte, die internationale Bewegung des Proletariats zu zerschmettern!

Die Folgen der Konterrevolution, die den Sozialismus in Rußland aufzubauen vorgab, waren einerseits, daß das Proletariat als selbständige Kraft seit einem halben Jahrhundert von der historischen Bühne verschwunden ist und im Laufe dieser Periode fast restlos unter die Kontrolle des Opportunismus, unter das Joch der Klassenkollaboration geriet, andererseits daß Rußland zur zweiten imperialistischen Großmacht heranwuchs. Die kapitalistische Krise, die, wie wir vorausgesehen hatten, Mitte der 70er Jahre begann, wird die materiellen Grundlagen der Klassenkollaboration vernichten. Die Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze, die mit dieser Krise eng zusammenhängt, wird die Alternative Krieg oder Revolution auf neue auf die Tagesordnung setzen. Das Bindeglied zwischen Krise, Klassenkampf und Revolution ist die Partei. Sie auf der festen Grundlage des Marxismus als straffe internationale Organisation vorzubereiten - hier liegt die erste Lehre sowohl der Revolution wie auch der Konterrevolution. Und in der Erfüllung dieser Aufgabe liegt die einzige "Garantie" für den Erfolg der nächsten proletarischen Offensive und - wenn es sein muß - für einen geordneten Rückzug vor dem erneuten Ansturm.

Die »russische Frage« in unseren deutschsprachigen Parteipublikationen

Der Einschätzung der Oktoberrevolution wie der revolutionären Epoche, die die III. Internationale kennzeichnet, und der darauf folgenden stalinistischen Konterrevolution kommt eine zentrale Stellung in unserer Parteiarbeit zu. Die "russische Frage" wird dabei im Zusammenhang mit dem internationalen Klassenkampf des Proletariats betrachtet, und unsere Parteithesen zur sowjetischen Wirtschaft - wie zu den politischen wie theoretischen Positionen des Stalinismus - haben eine Bedeutung, die weit über ihren Gegenstand hinausgeht - sie bilden in der Tat einen untrennbaren Bestandteil der Verteidigung des kommunistischen Programms und des Marxismus.

Zu den wesentlichen Texten, die unsere Partei zu dieser Frage veröffentlicht hat, gehören neben "Bilanz einer Revolution" (siehe Inhaltsangabe auf S. 5) und der Zusammenfassung "Der Marxismus und Rußland" (mit einem einführenden Text in unserer Broschüre "Revolution und Konterrevolution in Rußland", Texte der IKP, Nr. 2, zu finden) die in deutsch noch nicht herausgebrachten Schriften

"Dialogato con Stalin" (1952), "Russia e rivoluzione nella teoria marxista" (1954), "Struttura economica e sociale della Russia d'oggi" (1955), "L'économie russe d'Octobre à nos jours" (1960) und "Dialogato coi morti" (zum 20. Kongress der KPdSU). "Dialog mit Stalin" erscheint demnächst in unserem deutschen Broschürenprogramm.

In "Kommunistisches Programm" sind mehrere Aufsätze zu finden: "Der Mythos der sozialistischen Planung" in Rußland", Nr. 11, Juli 1976;

Die wirtschaftliche Situation Rußlands (und seiner Satelliten) nach der Öffnung zum Westen - als Fortführung des Kapitels "Das kapitalistische Rußland Nr. 2" aus "Bilanz einer Revolution" - steht im Mittelpunkt einer Untersuchung "Drang nach Osten - Drang nach Westen! Die unaufhaltsame Eingliederung Rußlands und seiner Satelliten in den Weltmarkt am Beispiel des Warenaustausches mit der BRD", Nr. 17, Februar 1978;

Zu den politischen und militärstrategischen Aspekten der Nachkriegsentwicklung eine Textsammlung

in Nr. 19, August 1978: "Die Entwicklung der imperialistischen Gegensätze seit dem 2. Weltkrieg";

Eine Notiz über das Thema "Rationalisierungen in Rußland: im Osten wie im Westen führt das Produktivitätsrennen zu einer Steigerung der Ausbeutung" in Nr. 22, Juni 79;

Zur demokratischen Opposition im Ostblock: "Zum Prager Frühling 1968: der Stalinismus mit menschlichen Antlitz (über ein Buch von Jiri Pelikan)" und "Rudolf Bahros Plädoyer für die Verhinderung von Klassenkampf und Revolution" in Nr. 19, August 1978 bzw. 20, Dezember 1978; in letzterem Artikel wird Bahros "Alternative" als neu aufgewärmte Sammlung stalinistischer wie allgemein bürgerlicher Gemeinplätze entlarvt.

- - -

Die Gesamteinschätzung der Entwicklung der kommunistischen Internationalen und ihrer Zerstörung durch den Stalinismus findet der Leser in den "Thesen von Lyon" der kommunistischen Linken Italiens (1926), KP 14, Mai 1977 und in den "Grunthesen der Partei" (1951), veröffentlicht in unserer Broschüre

re "Was heißt es, den Marxismus zu verteidigen?", Texte der IKP Nr. 5. Eine grundlegende Reihe über die Krise von 1926 in der KP Rußlands und in der Internationale konnte noch nicht übersetzt werden. Der Leser kann sie in den Nr. 68, 69/70, 73, 74, 76, 77, 78 und 79 unserer französischen Zeitschrift "Programme Communiste" finden.

Schließlich ist im Zusammenhang mit den Spekulationen gegen die Diktatur des Proletariats bzw. der kommunistischen Partei, zu denen die stalinistische Konterrevolution Anlaß gegeben hat, auf das Kapitel "Russische Entartung und Diktatur" in unserer Broschüre "Gewalt und Diktatur im Klassenkampf", Texte der IKP Nr. 6, hinzuweisen. Hier wird das vielseitig gepriesene Allheilmittel der "Arbeiterdemokratie" und "Sowjetischen Demokratie" einer systematischen Kritik unterzogen.

- - -

Zur DDR veröffentlichten wir in der Nr. 5 des "Proletarier" den Artikel "DDR 1949-1979: Rückblick auf 30 Jahre realen Kapitalismus".

Kapitalismus und Arbeiteremigration

Auf den klassischen Seiten im ersten Buch des "Kapitals", in denen er die Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise beschreibt - "aus allen Poren blut- und schmutztriefend" - stellt Marx die beiden untrennbar miteinander verbundenen Gesichter der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals dar. Auf der einen Seite, die Konzentration und Zentralisierung beträchtlicher Geldmengen und Produktionsmittel in den Händen der aufstrebenden Bourgeoisie; auf der anderen Seite, die gewaltsame Enteignung der Bauernschaft, die den Bauern zum reservelosen, "vogelfreien" Proletariat macht, der die einzige Ware verkaufen muß, die er besitzt: seine Arbeitskraft.

Die Enteignung der Bauernschaft in England, Schottland und Wales, die am Ende des 15. Jahrhunderts begann, begleitete die Entstehung des Agrarkapitalismus und jagte die in Dörfern und auf Landstraßen umherirrenden elenden Massen in die Straflager der aufkommenden Industrie.

Die letzte Phase der systematischen Enteignung der englischen Bauernschaft im 19. Jahrhundert ging einher mit der massiven Enteignung der irischen Bauern, die nun ihrerseits in den Wirbelsturm gerieten und keinen anderen Ausweg mehr hatten, als nach Amerika auszuwandern oder vor allem in die Fabriken von Manchester und Liverpool zu ziehen.

Hundert Jahre später beschleunigte der Imperialismus diesen Prozeß in Form konzentrischer Kreise, die nicht nur Regionen eines Landes oder Länder eines Kontinents, sondern ganze Kontinente einschließen und sie in den Strom der Kapitalien, Waren und Arbeitskräfte auf dem Weltmarkt mitreißen. Während der Kolonialismus und dann der Imperialismus die Einbeziehung von Millionen Menschen in den Bereich der Marktwirtschaft beschleunigt, treibt die Arbeitssuche zur Auswanderung zig Millionen neuer Proletariat. Und das mehr und mehr in den grossen imperialistischen Metropolen konzentrierte und zentralisierte Kapital zieht nicht nur die enteigneten einheimischen Massen, sondern auch diejenigen anderer Länder und Kontinente an. So wiederholt sich auf Weltebene der "bestehende Gegen-

satz zwischen nationalem Reichtum und Volksarmut".

Ob aus parlamentarischen Demokratien oder Militärdiktaturen, aus Republiken oder konstitutionellen Monarchien, aus unabhängigen Staaten oder Kolonien, aus Staaten, die aus einer anticolonialen Revolution oder aus einem Kompromiß mit dem Imperialismus hervorgegangen sind - die neuen Proletariat folgen unweigerlich dem Weg des irischen Bauern, wie Marx ihn beschreibt. Die Agrargebiete der ganzen Welt, einschließlich des alten Europa, werden so für den internationalen Kapitalismus zu einem riesigen Irland.

Diesen eisernen Gesetzen des Kapitals kann man nicht entgehen (1). Sie bewirken die Emigration, nicht nur mittels offener Gewalt, sondern zunehmend auch mittels sozialer Gewalt, die in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, d.h. in der ökonomischen und industriellen Entwicklung liegt.

Und gerade die Länder, in denen sich ein junger Kapitalismus in vollem Wachstum befindet, exportieren massenweise ihre Arbeitskräfte; denn diese beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung geht einher mit einer größeren Integration in den Weltmarkt und einer rascheren Enteignung der Bauernschaft, des Handwerks und des kleinen Handels. So wird immer offensichtlicher, daß - wie im "Kommunistischen Manifest" gesagt - "die moderne industrielle Arbeit, die moderne Unterjochung unter das Kapital (...) dem Proletariat allen nationalen Charakter abgestreift hat."

Dazu schreibt Lenin: "Es besteht kein Zweifel, daß nur äußerster Elend die Menschen veranlaßt, die Heimat zu verlassen, und daß die Kapitalisten die eingewanderten Arbeiter in gewissenlosester Weise ausbeuten. Doch nur Reaktionäre können vor der FORTSCHRITTLICHEN Bedeutung dieser modernen Völkerwanderung die Augen verschließen. Eine Erlösung vom Joch des Kapitals ohne weitere Entwicklung des Kapitalismus gibt es nicht und kann es nicht geben. Und gerade in diesen Kampf zieht der Kapitalismus die werktätigen Massen der GANZEN Welt hinein, indem er

die Muffigkeit und Zurückgebliebenheit des lokalen Lebens durchbricht, die nationalen Schranken und Vorurteile zerstört und Arbeiter aller Länder in den großen Fabriken und Gruben Amerikas, Deutschlands usw. miteinander vereinigt." (2)

Mit der wachsenden Integration der jungen kapitalistischen Länder in den Weltmarkt schafft der Weltkapitalismus die materiellen Grundlagen für den Sozialismus und verbindet unlösbar die Proletariat in den großen internationalen Industriezentren mit denen der beherrschten Länder im Kampfe für die sozialistische Weltrevolution.

Somit dehnt der Kapitalismus seine wachsenden Gegensätze und seinen katastrophalen Verlauf auf die ganze Welt aus. Und die internationale Krise, deren Umwandlung in eine allgemeine soziale Krise die imperialistische Bourgeoisie bisher verhindern konnte, entfacht wiederholte Aufstände der proletarischen Massen an der Peripherie des alten Kontinents, so in Ägypten, Tunesien, Iran, Brasilien und Peru.

Die Bourgeoisien der Peripherie ihrerseits fügen sich immer mehr in ein dichtes und komplexes politisches Netz ein, das von den großen Staaten beherrscht wird, welche allein in der Lage sind, die Verteidigung und - in gewissen Grenzen - die Stabilität der internationalen bürgerlichen Ordnung zu sichern.

o o

Nicht nur im internationalen Einheitsplan der sozialistischen Wirtschaft, sondern auch in der internationalen Strategie der proletarischen Revolution bilden die eingewanderten Arbeitermassen die lebende Brücke zwischen dem Proletariat in den Metropolen und den proletarischen und proletarisierten Massen in den Ländern der Peripherie.

In den imperialistischen Ländern wird die Revolution das gemeinsame Werk der "nationalen" und eingewanderten Proletariat sein (in der BRD z.B. beträgt der Anteil der ausländischen Arbeiter an der gesamten Arbeiterklasse ca. 10%). In die Halbkolonien wird das ausgewanderte Proletariat nicht nur Kampferfahrung hineintragen müssen, sondern auch und vor allem eine internationale Betrachtungsweise der Probleme seiner Klasse und ihres Kampfes gegen den Kapitalismus.

Der Kapitalismus aber schafft nicht nur die materiellen Grundlagen dieses Einheitsplans der proletarischen Revolution - in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Gleichzeitig schafft und vermehrt er die Faktoren der Spaltung, ebenso wie die Verallgemeinerung der Lohnarbeit die materiellen Bedingungen für einen einheitlichen Kampf schafft und gleichzeitig die lebhafteste Konkurrenz unter den Proletariern als Verkäufer ihrer Arbeitskraft hervorruft.

In den Metropolen haben die Klassenkolaboration, die sich auf einen Zeitraum von zwei Weltkriegen und zwei Nachkriegsperioden erstreckt, und besonders die offene Ausrichtung der Sozialdemokratie und des Stalinismus auf die Seite der imperialistischen Mächte gegen die nationalen Revolten der Länder Asiens und Afrikas einen wahren Abgrund innerhalb der Arbeiterklasse geschaffen. Was Marx über den Gegensatz zwischen englischen und irischen Proletariern sagte, wiederholt sich in verschärfter Form auf der Ebene ganzer Kontinente zwischen "einheimischen" und eingewanderten Proletariern.

"Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, welcher den Lebensstandard herabdrückt. Er fühlt sich ihm gegenüber als Glied der HERRSCHENDEN NATIONEN und macht sich eben deswegen zum Werkzeug seiner Aristokraten und Kapitalisten GEGEN IRLAND, befestigt damit deren Herrschaft ÜBER SICH SELBST. Er hegt religiöse, soziale und nationale Vorurteile gegen ihn. (...) Der Irländer zahlt ihm mit gleicher Münze zurück. Er sieht zugleich in dem englischen Arbeiter den Mitschuldigen und das stupide Werkzeug der ENGLISCHEN HERRSCHAFT IN IRLAND.

Dieser Antagonismus wird künstlich wachgehalten und gesteigert durch die Presse, die Kanzel, die Witzblätter, kurz, alle den herrschenden Klassen zu Gebot stehenden Mittel. DIESER ANTAGONISMUS IST DAS GEHEIMNIS DER OHNMACHT DER ENGLISCHEN ARBEITERKLASSE, TROTZ IHRER ORGANISATION. Er ist das Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse. Letztere ist sich dessen völlig bewußt." (3)

Wir müssen heute den "den herrschenden Klassen zu Gebot stehenden Mitteln" das systematische Handeln des politischen

und gewerkschaftlichen Sozialimperialismus hinzufügen.

"Gerade für den Imperialismus ist eine solche Ausbeutung der Arbeit SCHLECHTER BEZAHLTER Arbeiter aus rückständigen Ländern besonders charakteristisch" - schreibt Lenin. "Gerade darauf basiert in einem gewissen Grade der PARASITISMUS der reichen imperialistischen Länder, die auch einen Teil ihrer eigenen Arbeiter durch eine höhere Bezahlung bestechen, während sie gleichzeitig die Arbeit der 'billigen' ausländischen Arbeiter maßlos und schamlos ausbeuten." (4)

Die unnachgiebige Verteidigung des eingewanderten Proletariats in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in den Wohnvierteln und in allen Bereichen, die durch den Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat bestimmt sind; die aktive Mobilisierung des "einheimischen" Proletariats zur Unterstützung jedes Kampfes der eingewanderten Arbeiter; der erbitterte Kampf gegen den "eigenen" Imperialismus - hier liegen die Bedingungen für die Verteidigung des gesamten Proletariats überhaupt und für die notwendige Verschmelzung der beiden Teile des Weltproletariats.

Allein dieser Kampf wird es erlauben, daß sich das Proletariat der jungen kapitalistischen Länder, vor allem der Halbkolonien, von den Kräften der "radikalen" Kleinbourgeoisie dieser Länder trennt, die ihm nur rein nationale Ziele zur Reform des Kapitalismus vorschlagen kann; ein solcher Kampf wird diesem jungen Proletariat bei seiner Eingliederung in die zukünftige internationale Armee zur Befreiung des Proletariats helfen.

Es wäre utopisch, den im Laufe von sieben Jahrzehnten gegrabenen Abgrund an einem Tag zuschütten zu wollen. Es geht darum, beharrlich und beständig darauf hinzuwirken, um Teile, seien es auch zunächst noch so kleine Minderheiten des Proletariats für den konsequenten proletarischen Internationalismus zu erziehen und zu mobilisieren.

Diese schwierige und langwierige Arbeit richtet sich nicht nur gegen die Bourgeoisie und ihre politischen und gewerkschaftlichen Lakaien, sondern auch gegen die sogenannten "Linken", die die Verteidigung des imperialistischen Vaterlandes predigen (wie die Maoisten) und für die Einheit mit den gewerkschaftlichen und politischen Vertretern von Einwanderungsstop und Zugangssperren (wie die Trotzkisten) eintreten. Diese Gruppen unterlassen jede ernsthafte Arbeit für die proletarische Solidarität und Vereinigung, um sich mit rein rhetorischen Freundschaftserklärungen für diese oder jene opportunistische Organisation nationalistischen oder demokratischen Charakters in den Herkunftsländern der ausländischen Arbeiter (Türkei, Spanien usw.) zu befassen.

Für die Vorbereitung des Klassenkampfes und der kommunistischen Revolution ist eine systematische Propaganda gegen den Imperialismus und zwar vor allem gegen den "eigenen" Imperialismus - in Deutschland gegen den deutschen, in Frankreich gegen den französischen usw. - und ebenso der ununterbrochene Kampf gegen die Einwanderungskontrolle und jede Diskriminierung der ausländischen Arbeiter unerlässlich.

Anmerkungen:

- (1) Der Sozialimperialismus à la DGB, KPF usw. verlangt in den Einwanderungsländern den gesetzlichen Einwanderungsstop. D.h. über diese Massen, die materiell zur Auswanderung gezwungen sind, einen wahrhaftigen Ausnahmezustand zu verhängen und sie in Proletariat dritter Klasse zu verwandeln, die auf Gedeih und Verderb dem Despotismus der Unternehmer und des Staates ausgeliefert sind.
- (2) Lenin, Werke Bd. 19, S. 447
- (3) Brief von Marx an Siegfried Meyer und August Vogt, 7.4.1870
- (4) Lenin, Werke Bd. 26, S. 155

LEST! ABONNIERT!

PROLETARIER

Zweimonatszeitung

Jahresabonnement: 6 DM · 44 ÖS · 6 FS

Presserechtlich verantwortlich und Kontaktadresse:

Helmuth Tammen
Obentrautstr. 32 - 1 Berlin 61

Druck: Movimento Druck
Waldemarstr. 33 - Berlin

Was ist eigentlich Sozialismus?

Prochinesen und Proalbaner streiten sich u.a. um den Begriff "Sozialismus". Für die einen bedeutet der Sozialismus Klassenkampf: Als Beweis steht die Kulturrevolution, die "die Bourgeoisie aus der Partei gejagt hat". Für die anderen gibt es im Sozialismus nur noch "Bruderklassen": als Beweis steht ... die Republik Albanien. Und beide bezichtigen sich gegenseitig des Verrats am "Marxismus-Leninismus".

In Wirklichkeit ist den beiden der Antimarkismus gemeinsam; denn für den Marxismus bedeutet Sozialismus - der nebenbei bemerkt nicht in einem Lande allein bestehen kann - nichts anderes als die erste Phase des Kommunismus, d.h. die erste Phase der klassenlosen Gesellschaft. Wir könnten die Herren Stalinisten auf die "Kritik des Gothaer Programms" von Marx oder auf "Staat und Revolution" von Lenin verweisen. Wir wollen uns hier aber auf eine kurze Geschichte beschränken.

Als Lenin im März 1921 auf dem Kongreß der Eisenbahn- und Schiffsarbeiter eine Rede

hielt, hatte er zuvor im Tagungsraum ein Plakat bemerkt mit der Aufschrift: "Das Reich der Arbeiter und Bauern wird nimmer enden". Lenin bemerkte dazu:

"Als ich dieses merkwürdige Plakat las, das allerdings nicht an der gewohnten Stelle hing, sondern in einer Ecke stand - vielleicht ist jemand darauf gekommen, daß das Plakat mißlungen ist und hat es beiseite geschoben - als ich dieses merkwürdige Plakat las, da ging mir durch den Sinn: über welch elementare und grundlegende Dinge bestehen doch bei uns Mißverständnisse und falsche Auffassungen. In der Tat, wenn das Reich der Arbeiter und Bauern nimmer enden sollte, so würde das bedeuten, daß es niemals Sozialismus geben würde, denn Sozialismus bedeutet Aufhebung der Klassen; solange aber Arbeiter und Bauern bestehen bleiben, bleiben auch verschiedene Klassen bestehen und kann es folglich keinen vollen Sozialismus geben." (Werke, Bd. 32, S. 278)

Bedarf es noch einer weiteren Begriffsklärung??

tritt (und die übrigens der ohnehin verlogenen Tarifautonomie widerspricht), treibt tolle Blüten. Das nagelneue Schlichtungsabkommen in der Metallindustrie, das am 1. Januar in Kraft getreten ist, sieht vor, daß vier Wochen nach Ablauf eines Tarifvertrages Kampffreiheit "nach den Regeln des geltenden Arbeitskampsrechts" gegeben ist, also auch ausdrücklich die Freiheit der Unternehmer, Aussperrungen zu verhängen. Die IG Metall unterschrieb, pries das Abkommen als großen Sieg und hielt in der Dokumentation fest, daß ihr ... "Rechtsstandpunkt hierzu unberührt bleibt" ("metall", 19. 12. 79). Man unterschreibt in der Vollkommenheit seiner "Autonomie", daß die Unternehmer aussperrten dürfen, und hält fest, das sei nicht rechtens. In diesen Sumpf führen "Rechtsstandpunkte". Der Arbeiter braucht einen Klassenstandpunkt.

Aus Platzgründen müssen wir einen Artikel zum Thema

Tarifrunde und DGB-Kampagne für Aussperrungsverbot

leider auf die nächste Nummer verschieben. Wir "vertrösten" unsere Leser mit dem Hinweis auf den längeren Artikel zur Tarifrunde '79 im "Proletarier" Nr. 4, der nach wie vor aktuell ist, und mit folgender Bemerkung zur "Aussperrung". Für den DGB ist die Aussperrung ja verfassungswidrig - und gerade dies soll ja das Bundesarbeitsgericht bestätigen. Abgesehen davon, daß der DGB damit den Eindruck erweckt, als schwebte das Gesetz über den Klassen (während es im Grunde immer die Interessen der Bourgeoisie schützt) - die juristische, sprich bürgerliche Auffassung von Arbeitskämpfen, die der DGB ver-

Fortsetzung von S. 1

Die Anti-AKW-Bewegung

gewährleistet hätte. Daß auch Enttäuschung über die verlorene reformistische Unschuld der Sozialdemokratie, welche eine "große Koalition" mit der CDU gebildet hatte, in der Studentenbewegung mit Schwung, versteht sich. Doch im Gegensatz zur anderen Partei des deutschen Kapitals hatte die SPD einen - zwar immer zur Unterwerfung unter das Diktat der imperialistischen Interessen des Parteiganges neigenden, aber doch traditionell vorhandenen - linken, reformistischen Flügel. Dieser wurde nun dazu benutzt, die aufmüpfigen Studenten allmählich in den Schoß bürgerlicher Mäßigung zurückzuführen. Die Studentenbewegung war somit objektiv nicht anderes als eine Manövriermasse der Sozialdemokratie, welche sich unter der Losung "Mehr Demokratie wagen!" schließlich auch zur regierenden Partei aufschwang, um dem deutschen Imperialismus mehr weltpolitische Durchsetzungskraft und innenpolitische Integrationsfähigkeit zu verleihen. Die studentische Opposition verpuffte also nicht wirkungslos, wie man vielleicht glauben mag, sondern bildete einen Bestandteil der Wachablösung und Umrüstung der deutschen Bourgeoisie. Sie verließ damit auf der Bahn bürgerlicher Politik, was ihr nicht bewußt war und was sie nicht gewollt hatte. Dies beweist einmal mehr, daß jede Politik, die nicht ausschließlich und konsequent von den unmittelbaren Interessen des Proletariats ausgeht und von den Zielen und Prinzipien des Kommunismus, d.h. den strategischen Emanzipationsinteressen dieser Klasse durchdrungen ist, dazu verurteilt ist, sich den Aufgaben und Zielen der herrschenden Klasse unterzuordnen.

Dieser studentische Protest war aber nur der Beginn, Vorläufer und Prolog einer weitaus breiteren Strömung, welche sich, je mehr die Idylle der Prosperität und des Sozialfriedens in Gefahr geriet, zu zeigen begann: die Bürgerinitiativbewegung. Überall begannen bald kleine Bürger, gutsituierte Damen und Herren aus dem Mittelstand und nach einer Perspektive heischende Jugendliche den Aufstand zu proben. Daß die Phase der wirtschaftlichen Prosperität und politischen Sorglosigkeit zu Ende ging, verspürten natürlich jene zuerst, die traditionell das Aschenputtel der Bourgeoisie sind: der kleinbürgerliche Mittelstand. Jetzt auf einmal störte ihn, daß seine großen Brüder, die großen Unternehmen, Konzerne Wirtschaftsverbände und Banken, der von diesen Kräften beherrschte Staat, die großen Parteien, kurzum also der Imperialismus sich immer weniger um seine kommunalen, provinziellen, krähwinkeligen, engen Interessen scherte. Früher hatte man hingenommen, daß über einen hinweg geplant, gewirtschaftet und regiert wurde, weil man an dem allgemeinen "Wohlstand" der Nachkriegszeit partizipierte. Wie konnte man nun den aufkommenden Unmut "an den Mann bringen", wenn die Parteien und Verbände den Mittelstandsinteressen immer weniger Gehör schenkten und sich um große imperialistische Dinge kümmerten? Da also die üblichen Kanäle, durch die das kleinbürgerliche Interesse mit dem großbürgerlichen zusammenfließen konnte, verstopft wurden, gab es nur die Möglichkeit, selbst die "Initiative" zu ergreifen. Die sensibilisierten Kleinbürger brachten ihren Unmut in Protesten gegen alle möglichen und unmöglichen kommunalen und kleinkarierten Mißstände zum Ausdruck - Bürgerinitiativen wurden gebildet. Allerdings - und das wäre auch verwunderlich - gab es keine Bürgerinitiativen für höhere Löhne oder Arbeitszeitverkürzung, also für proletarische Interessen. Mit solchen Problemen wollte sich der Kleinbürger nun doch nicht beschäftigen, liegen seine Vorlieben doch bei Problemen, die möglichst allen Klassen gemein sind. Zu einer Bewegung wurde der Kleinbürgerunmut erst mit der weltweiten Wirtschaftskrise. Nach wie vor blieb zwar die Bürgeropposition eine wesentlich provinzielle und auf kleinlich-beschränkte Probleme ausgerichtete Bewegung von verdrossenen Kleinbürgern, denen der eisige Wind des Imperialismus in ihr ungeschütztes Gesicht bläst. Jetzt aber verbreiterte sich diese Strömung und fand in der Kernenergiepolitik des deutschen Imperialismus einen gemeinsamen Nenner, an dem sie ihr Mütchen kühlen konnte. Es war ein "glückliches" Zusammentreffen von Umständen, was die Bürgeropposition zu einer solchen breiten Bewegung machte, und es war kein Zufall, daß diese letzten Mohikaner der bürgerlichen Demokratie, wie Lenin die reformistischen Kleinbürger im imperialistischen Zeitalter einmal genannt hat, in jenen Ländern verstärkt auftraten, deren Imperialismus und unbändige wirtschaftliche Expansionskraft von den Energiequellen des Weltmarktes beson-

ders abhängig sind - die BRD und Japan - und für die deshalb die Kernenergie eine besonders vitale Angelegenheit ist. Mit den AKWs hatte der Kleinbürger ein ausgewähltes Objekt seines Zorns auf die großen bürgerlichen Brüder gefunden. Nunmehr konnten sich die Vorkämpfer für die Erhaltung von Wäldern, die Automobilgegner, die nach Lebensqualität Suchenden, die PVC-Gegner am Jadebusen, die Zurück-aufs-Land-Fanatiker, die vergrätzten Lokalpolitiker, die biopolitischen Mahngreise, die Weltverbesserer, kurzum die berüchtigten "mündigen Bürger" einmütig zusammenschließen. Don Quijotes und Sancho Pansas waren zahlreich angetreten, um es mit den Windmühlenschwänzen des Imperialismus aufzunehmen.

Eine reformistische Sackgasse

Ist nun die "Staatsverdrossenheit" des Kleinbürgers unumkehrbar? Führt sie ihn dazu, die gesamte bürgerliche Organisation der Gesellschaft zu verdammern und sich mit den unruhiger werdenden Proletariern gegen sie zusammenzuschließen? Die Bürgerinitiativen, von denen ein großer Teil sich zu einer parlamentarischen "pressure group", einer Lobby zusammengeschlossen hat - die "Grünen" - sind antiklassenkämpferische, sich über den Klassen stehend dünkende Organisationen. Ihr erklärter Wille ist es, als kleinbürgerlich-reformistisches Über-Ich den staatstragenden Kräften, den großen bürgerlichen Parteien gegenüberzutreten und denselben mit moralischem Zeigefinger die Verletzung ihrer Illusion einer "reinen Demokratie" (Basisdemokratie ist das moderne Wort), die Verschandelung der noch grünen Gebiete dieses Landes und die Mißachtung der Interessen von durch gefährliche AKWs u.ä. betroffenen Staatsbürgern vorzuwerfen. Ihre Kampfmittel sind der friedliche Protest, der parlamentarische Weg und der Rechtsstreit. Besonders empfindsam sind sie, wenn man ihnen eine nichtbürgerliche, durch linke Phrasen verbrämte Fassade aufdrängen will, wie dies von einer Minderheit - häufig durch den KB beeinflusst, welcher seinen politischen Bankrott (d.h. eigentlich den des Stalinismus und Maoismus) durch Anbiederung an die grüne Kleinbürgerbewegung verlängern möchte - gefordert wird. Diese "linken" Grünen werden aber energisch von den seriösen grünen Biedermännern zurückgewiesen oder besser gesagt diszipliniert; man will die "Linken" einbinden und zugleich den "Bürger" nicht verschrecken. Hierfür benutzt die neue "grüne Partei" alle Mittel der Manipulation und der Erpressung gegen die "Linken" und der Anbiederung an den "Wähler". Die "außerparlamentarische Opposition" landete im Parlamentarismus, die "Basisdemokratie" in der parlamentarischen Manipulation. Die kümmerliche Ideologie, die die Bürgeropposition mit sich herumschleppt, ist mehr als bezeichnend: Man ist gegen den "vergesellschafteten" Kapitalismus und für eine Dezentralisierung aller Lebensbereiche; gegen die Zügellosigkeit der kapitalistischen Akkumulation, die, ohne auf Mensch und Natur Rücksicht zu nehmen, hemmungslos und ohne Skrupel nach immer mehr Wachstum gierig, und für die Selbstbeschränkung der Bourgeoisie; man ist gegen die menschenverachtende Politik des Imperialismus und für mehr Menschlichkeit; gegen das Zurückbleiben der Konsumtion hinter der Produktion, für die Einschränkung und Harmonisierung beider; gegen die Verschwendung von Energie und Produktivkräften überhaupt, für Sparsamkeit und Mäßigung; gegen die Verstädterung, für die Rückkehr zur Natur; gegen die Konsumorientierung und für die Askese; gegen die Anonymisierung der menschlichen Beziehungen und des menschlichen Lebens überhaupt, für alternative Lebensformen usw. usw. Die Suche also nach einer Alternative im Kapitalismus, die Beseitigung seiner unangenehmen Seiten, ... genau darin besteht die kleinbürgerliche Kritik am Kapitalismus. Ist es nicht idiotisch, mit der Moral bewaffnet, den unbarmherzigen Gesetzen einer Produktionsweise gegenüberzutreten und von dieser zu verlangen, sie möge gefälligst anders sein? Und wenn es nicht Idiotie, sondern Kalbül ist, was anders bedeutet es, als jenen bürgerlichen Betörungen, die da besonders vom linken Flügel der Sozialdemokratie kommen, Vorschub zu leisten, welche verkünden, es gäbe, wenn man sich nur mit den staatstragenden Parteien arrangieren würde, eine graduelle Entwicklung zum Besseren? Wenn diese Bewegung also etwas kennzeichnet, dann ist dies ein hilfloser kleinbürgerlicher Reformismus, der früher oder später dazu verurteilt ist, wie seinerzeit die Studentenbewegung im Fahrwasser der

offiziellen Sozialdemokratie, die ihrerseits ihre linken Epplers schon entsprechend bereitgestellt hat, zu landen.

Schon heute können wir den Zwiespalt bemerken, der sich angesichts der kommenden Wahlen noch weiter entwickeln wird und der darin besteht, zu entscheiden, ob man nicht doch vor der Bedrohung einer noch härteren Gangart des Kapitalismus (Strauß) sich mit der Sozialdemokratie arrangieren müsse, weil diese die einzige wirkliche parlamentarische Alternative für demokratische Bürger sei. Hier wird schon die Sackgasse deutlich, in die sich jeglicher Reformismus schließlich begeben muß, wie radikal er auch anfänglich auftreten mag. Überhaupt verhalten sich die umweltfreundlichen Bürger nur komplementär zu den bestehenden bürgerlichen Parteien, sind ihre Anliegen im großen und ganzen doch relativ sekundär. Geht es einmal um die Existenz des bürgerlichen Staates als Ganzem, ob nun infolge einer Zuspitzung der Klassegegensätze oder infolge einer Bedrohung von außen (Kriegsgefahr, Notwendigkeit militärischer Maßnahmen zum Schutz der Ökonomie o.ä.), so werden sich die Sympathien der Bürger, die es heute sich noch leisten können, die Haltung von "progressiven" Oppositionellen einzunehmen, schnell den vitalen Interessen des "Volksganges" zuwenden. Ähnlich schnell wie sich in den USA der kleinbürgerliche Antimperialismus im Gefolge des Vietnamkrieges in offensten Chauvinismus seit den Ereignissen in Iran verwandelt hat.

Die reformistischen Ritter von der traurigen Gestalt führen also keinen wirklichen Kampf gegen ihre großen imperialistischen Brüder, welche sie ja nur läutern wollen. Sie haben keine Alternative zu diesem Kapitalismus, im Gegenteil wollen sie es sich in ihm nur gemütlicher einrichten, ist er doch "die beste aller schlechter Welten". Für ihre klassenversöhnlerischen Flausen gibt es schließlich nichts schlimmeres als den Klassenkampf, der ja die Atmosphäre munterer Heiterkeit und die Volksfeststimmung,

die bei den Versammlungen und Demonstrationen dieser Leute immer herrscht, zerstört. Ihr Kampf gegen die große Bourgeoisie ist in der Regel ein rein platonischer, und wenn es hart auf hart geht, stehen sie auf der Seite ihres "kultivierten" Verwandten gegen den artfremden, ungehobelten Proletarier. Letzterem hat man nur reaktionäre Rezepte zu bieten: Einschränkung, sparsamer Verbrauch, einfaches Leben usw. Das Anti-AKW-Getümmel hat somit genau besehen auch die Funktion, die aufmüpfiger werdende Arbeiterjugend und die ersten kämpferischen Elemente in den Betrieben, die sich von der traditionellen "Sozialpartnerschaft" lösen, von ihrem eigentlichen Gegner und Kampffeld fortzulocken und sie in schwammigen Volksprotesten mitzuziehen. Das Proletariat soll nicht als besondere Klasse mit spezifischen Interessen und Kampfmethoden handeln, sondern sich als Staatsbürger unter anderen Staatsbürgern verhalten. Gerade bei einem Proletariat, das erst wieder durch einen qualvollen Prozeß lernen muß, was es heißt, eine Klasse zu sein, ist dies eine von Anbeginn an antiproletarische Verhinderungstaktik.

Es ist die Seuche reformistischer Blindheit, die glauben macht, man könne die Probleme, die sich aus der Entwicklung des Kapitalismus ergeben, lösen, ohne den Kapitalismus als solchen zu vernichten. Die AKWs sind ein notwendiges Produkt der Entwicklung des kapitalistischen Imperialismus, ebenso wie es die Zerstörung der Amazonaswälder oder die gigantische Verstädterung und Betonisierung der Erde usw. usw. sind. Dem kann nicht heute oder morgen abgeholfen werden. Dem kann man nur begegnen, wenn man beharrlich und systematisch den widererzählenden Klassenkampf zur Schule des revolutionären politischen Kampfes macht, wenn man in die spontanen Widerstandskaktionen des Proletariats die Notwendigkeit der Partei, der proletarischen Diktatur und der kommunistischen Revolution hineinträgt, um schließlich die bürgerliche Klassenherrschaft stürzen zu können.

000

INSTRUMENTE FÜR DIE ORGANISIERUNG DER PROLETARISCHEN AVANTGARDE!

in Lateinamerika:

¡Proletarios de todos los países, uníos!

EL PROLETARIO

PARTIDO COMUNISTA INTERNACIONAL

SUPLEMENTO PARA LATINOAMERICA
DE EL PROGRAMA COMUNISTA

PRECIO: u\$s 0,50

in Nordafrika und unter den arabischen Proletariern in Europa:

el-oumami
l'internationaliste
organe du parti communiste international
(Der Internationalist)



الأممي
الحزب الشيوعي
الأممي

Fortsetzung von S. 2

Russischer Einmarsch in Afghanistan

National wie international werden die sozialen Spannungen eskalieren. Die Bourgeoisie in Ost wie West wird durch alle Formen von Repression und Volksverdummung die Dämme zu halten versuchen. Mit den 80er Jahren sind wir klar in die Phase der Vorkriegszeit zum 3. Weltkrieg eingetreten. Keine Phantasie reicht aus, um sich diese Tatsache wirklich konkret vorzustellen. Nur eines ist klar: In der althekannten Abwechslung von Kapitalanhäufung und Kapitalvernichtung sind die Zerstörungspotentiale jetzt so riesig, daß alles auf Biegen und Brechen steht. Den Wahnsinnigen an den Schalthebeln des Kapitals in Ost und West muß deshalb endgültig das Handwerk gelegt werden, bevor sie die Welt in die Luft jagen können. Und das kann nur eine internationale proletarische Revolution! Freilich stehen weder der nächste imperialistische Weltkrieg noch die Revolution unmittelbar bevor. Die Bourgeoisie beginnt aber bereits, sich materiell und ideologisch, militärisch und di-

plomatisch, ökonomisch und politisch auf den Krieg vorzubereiten, sich für den Krieg zu organisieren - und dies schließt zugleich ihre Vorbereitung gegen die Drohung der proletarischen Revolution ein. Das Proletariat muß sich seinerseits auch als Klasse auf den Krieg vorbereiten. Es muß sich darauf vorbereiten, die unmittelbare Kriegsgefahr zum Signal für den Ausbruch der proletarischen Revolution zu machen, um den imperialistischen Krieg in Bürgerkrieg zu verwandeln. Hierfür ist es unerlässlich, schon heute einen un-nachgiebigen Kampf gegen den bürgerlichen Militarismus und gegen die ideologischen Rechtfertigungen der Kriegsvorbereitungen zu führen. Dieser Kampf ist in beiden Lagern zu führen, er muß sich in jedem bürgerlichen Staat - und vor allem in den imperialistischen Staaten - gegen die Ideologie der "nationalen Verteidigung" richten, für den revolutionären Defätismus und die internationale Vereinigung der Proletarier über alle Grenzen hinweg.